

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 16.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinferate pro 3gepaltene Zeile oder deren Raum 25, für Bahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 4. August 1906.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münst. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
August Drey, Hannover, Münst. 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. G. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

Zum 8. Verbandstage.

Am 5. August tritt unser Verbandsparlament zusammen, um Rückschau zu halten auf die hinter uns liegenden 2 Jahre Verbandstätigkeit und aufs neue zu prüfen, wie der Ausbau unserer Organisation erfolgen soll. Der Verbandstag hält dieses Mal in Leipzig seine Beratungen ab.

Es waren wichtige Beschlüsse, die der Verbandstag in Hamburg im Jahre 1904 gefaßt. Er erfüllte die Erwartungen, welche zahlreiche Kollegen auf ihn setzten, und führte die Erwerbslosenunterstützung ein. Die Befürworter dieser Unterstützung, die jahrelang kämpfen mußten, um den Widerstand zu brechen, welcher gegen diese Unterstützung vorhanden war, können heute mit Genugtuung feststellen, daß sie in ihren Erwartungen nicht getäuscht worden sind. Wenn in den letzten zwei Jahren der Verband einen Aufschwung genommen, der die kühnsten Hoffnungen noch übertroffen hat, so ist das wesentlich auf die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zurückzuführen, und in dieser Unterstützung haben wir unseren Kolleginnen und Kollegen eine Hilfe geboten, die sie befähigte, den schweren Kampf mit der wirtschaftlichen Not zu führen, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, in diesem Kampfe zusammenbrechen zu müssen.

Der alte Widerstand gegen diese Unterstützung scheint in einem Antrage an den Verbandstag noch einmal Auferstehung feiern zu wollen. Beantragt doch ein Verbandsort die Abschaffung dieses Unterstützungszweiges, damit die Organisation den wahren Charakter einer Kampforganisation erhalte. Daß unser Verband in keiner Periode während seines ganzen Bestehens auch nur entfernt solche Kämpfe zu bestehen hatte, wie in den abgelaufenen zwei Jahren, das ist allem Anschein nach den Verbandsgenossen dieses Ortes nicht zum Bewußtsein gekommen.

Für jeden einsichtigen Kollegen ist es klar, daß ohne die Reorganisation des Unterstützungswesens unsere Organisation die Werkkraft nie erhalten hätte, die sie in den abgelaufenen zwei Jahren ausübte. So werden auch die schönsten Deklamationen nicht in der Lage sein, die Vertreter des Verbandstages zur Annahme eines solchen Antrages zu bewegen.

Allerdings muß unsere Organisation sich darauf gefaßt machen, daß die Kämpfe, die wir in den abgelaufenen zwei Geschäftsjahren beobachten konnten, nicht eine Eigentümlichkeit der beiden Jahre waren. Kämpfe von gleicher, ja noch größerer Schärfe, sie kommen wieder. Da ist es allerdings Pflicht, der Organisation die Mittel zur Verfügung zu stellen, welche erforderlich sind zur Durchführung der Kämpfe. Aber dies muß auf andere Art, wie vorgeschlagen ist, geschehen. Nicht dadurch, daß wir einen Unterstützungszweig ausschalten, werden wir kampffähiger, sondern unsere Verbandsgenossinnen und Verbandsgenossen müssen der Organisation höhere Beiträge zuführen. Der bisher betätigte Opfermuth muß eine beträchtliche Steigerung erfahren. Was auf dem Verbandstag in Hamburg schon von verschiedenen Kollegen angeführt ist, hat sich als richtig herausgestellt: der jetzige Beitrag reicht nicht aus. Hier ist der Hebel anzusetzen.

Im Jahre 1904 am 31. März war die Organisation in 433 Orten vertreten. Die Zahl der Mitglieder war 38 007. Am Schlusse des ersten Quartals 1906 hatte die Organisation 98 386 Mitglieder und in 505 Orten Deutschlands Eingang gefunden. Das ist ein gewaltiger Aufstieg, um den, nicht in letzter Linie, „unsere Freunde“, die Feinde sich durch ihre Aussperrungspraktiken verdient gemacht haben. Die Agitation der Gaueinheiten und die unermüdete Tätigkeit eines Teiles unserer Kollegen hat ein gutes Stück Arbeit vollbringen müssen, um die Organisation in diesem Tempo und in dieser Mitgliederzunahme wachsen zu lassen. Ob der Verbandstag den gestellten Wünschen nach Vermehrung der Gauebezirke Rechnung tragen kann, wird ganz davon abhängen, wie er die Beiträge bemessen wird. Geht er dabei nicht noch über die vom Vorstand beanspruchte Beitragshöhe hinaus, dann werden die diesbezüglichen Wünsche für diesmal unerfüllt bleiben müssen.

Was leistet denn eure Organisation? Diese spitzfindige Frage wird von Mitarbeitern, die sich in pflichtvergessener Weise der Einfügung in die Organisation entzogen haben, oft gestellt. Die Antwort, die wir darauf zu geben haben, ist verblüffend für die Fragesteller. Wir belegen die Frage hier ziffernmäßig auf Grund des Abschlusses über das Jahr 1904/06:

Streitunterstützung	Mafregelung	Unzugsgeld	Stechegeld	Rechtschutz	Erwerbslosenunterstützung
1904:					
140 699,95	18 463,75	14 553,53	14 151,15	—	—
1906:					
652 127,43	48 300,16	18 256,15	23 071,95	7664,17	165 812,44

Wie diese Ziffern ergeben, ist die Streitunterstützung beinahe um das Fünffache gestiegen. Die Unterstützungen für gemafregelte Kollegen haben sich mehr als verdoppelt, und die Ziffern für alle anderen Unterstützungen zeigen eine starke Steigerung auf. Dazu kommen noch die 165 812 Mark, die für Erwerbslosenunterstützung erstmalig ausgegeben, das sind gewiß alles sprechende Beweise, daß die Aufwendungen der Organisation enorme gewesen. Hoffentlich bricht sich nun auch die Erkenntnis unter den uns fernstehenden Kollegen immer mehr Bahn, daß sie nicht nur pflichtvergessen, sondern auch selbstschädigend gehandelt haben, indem sie der Organisation ferngeblieben.

Dem Verbandstage liegen eine große Anzahl Anträge zur Erledigung vor. Die laufende Nummer der Anträge ist 200.

Daß die Zahl der Streiks ganz enorm angeschwollen ist, braucht nach all den gemachten Erfahrungen wohl kaum betont zu werden. Die Angriffsstreiks bezifferten sich auf 138, die sich auf 107 Zahlstellen verteilten, wir hatten also in einer ganzen Reihe von Zahlstellen zu gleicher Zeit mehrere Streiks auszufechten. An den Angriffsstreiks waren 8742 Personen beteiligt, darunter 749 Kolleginnen. Von den Streiks verliefen 54 mit vollem Erfolg, teilweise erfolgreich 30 und 36 waren erfolglos. Die Zahl der Abwehrstreiks war 79, an denen zusammen 2340 Personen, einschließlich 634 Kolleginnen, beteiligt gewesen sind. Von den Abwehrstreiks verliefen 29 erfolgreich, 17 hatten nur einen teilweisen Erfolg. Dagegen verliefen 53 ohne Erfolg.

Von den 39 Aussperrungen, an welchen der Verband beteiligt gewesen, brachten nur 5 einen für die beteiligten Arbeiter vollen Erfolg, 10 einen teilweisen und 24 gingen resultatlos für die Arbeiter aus.

Die Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt wurden, verteilten sich auf 108 Zahlstellen, 207 Betriebe und 38 922 Beteiligte.

Die Streitstatistik, die unseren Kollegen aus dem letzten Jahre beweist, was erreicht worden und wofür die Opfer gebracht worden sind, ist auch noch in anderer Hinsicht interessant, sie lehrt deutlich, daß die Mehrzahl der wegen Maßregelungen inszenierten Streiks ohne Erfolg für die Kollegen verlaufen. Auf diesen Umstand ist schon oft von uns und auch von anderer Seite hingewiesen worden. Er findet seine Erklärung darin, daß die Unternehmer mit die Arbeiter aufreizenden Maßregelungen meistens dann vorgehen, wenn die Situation ihnen günstig erscheint. Vielleicht befehlen die Zahlen des Vorstandsbereichs unsere Kollegen, daß die Maßnahmen, welche der Vorstand in der Regel bei Maßregelungen zu empfehlen pflegt, ebenso sehr im Interesse des Verbandes, als auch in dem der Mitglieder liegen und befolgt werden müssen.

Der Verbandstag hat zu einer Reihe Fragen Stellung zu nehmen. Wünsche und Anforderungen mancherlei Art werden ihm in Form von Anträgen unterbreitet. Der Verbandstag wird allen diesen Anregungen gebührende Beachtung schenken. Mit allen Verbandsgenossen wünschen wir, daß er bei seinen Entscheidungen das Richtige treffen möge, zum Wohle der Kollegen, zum Gedeihen der Organisation!

Achtung, Delegierte zum Verbandstag!

Der Verbandstag wird nicht, wie auf der gedruckten Vorlage infolge eines Druckfehlers steht, um 5 Uhr, sondern um 7 Uhr eröffnet.

Verwaltungsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1905.

In Hirschberg in Schl. versammelten sich am 19. Juni d. J. die Papier-„Barone“ Deutschlands als Vertreter ihrer Berufsgenossenschaft, um den Jahresbericht entgegenzunehmen, den die Mehrzahl der „vielbeschäftigten“ Herren ja doch nicht liest.

Aus dem uns soeben zugegangenen Jahresbericht entnehmen wir, daß die Zahl der versicherten Betriebe wie auch im Vorjahre 1246 beträgt, also sich nicht erhöht hat. Die Konkurrenz ist also nicht größer geworden, da die Herren sich ja einig sind. Sind es auch die Arbeiter dieses Industriezweiges? Die Zahl der versicherten Arbeiter hat sich dagegen um 3252 vermehrt, ist gegen das Vorjahr auf 76 887 gestiegen! Die Berufsgenossenschaft führt in ihrem Bericht auch an, daß die Löhne der Arbeiter die Summe von 60 Millionen Mark erreicht haben. Man darf aber nicht vergessen, daß sich in diese Summe mehr als 76 000 Arbeiter teilen, so daß auf den Kopf des Versicherten nur 785 Mark pro Jahr entfallen. Im Jahre 1904 betrug der Durchschnittslohn 773 Mark pro Kopf.

Unfälle wurden im Berichtsjahre 3341 (gegen 3088 im Vorjahre) gemeldet! Auf 1000 Versicherte entfielen somit 43,45 Unfälle. Eine sehr hohe Zahl, auf die

unsere „Papiermacher“ wahrlich nicht stolz sein können! Der Bericht bemerkt allerdings, daß von den gemeldeten Unfällen nur 773 entschädigt wurden, so daß also die große Mehrzahl der Unfälle wieder leer ausging, in den ersten 13 Wochen auf — Kosten der Krankenkassen geheilt wurden! So werden die Krankenkassen „entlastet“!

In den 11 Sektionen der Berufsgenossenschaft wirken 46 technische Sachverständige, die aber auch gleichzeitig Rechnungsbeamte sind. Aus dem Bericht derselben erfahren wir, daß die Zahl der gemeldeten Unfälle in den einzelnen Sektionen sich sehr verschieden stellte. Während z. B. der Durchschnitt auf 1000 Arbeiter 43,45 Unfälle ergibt, zeigt uns die Tabelle, daß die Sektion 1 (Bayern) 64,24 Unfälle auf 1000 Arbeiter registrierte, die Sektion 9 (Sachsen) 49,62 Unfälle, Sektion 11 (Schlesien) 45,53 Unfälle. Die wenigsten Unfälle in diesem Verhältnis haben Sektion 2 (Württemberg) mit nur 21,79 Unfällen, dann folgt Sektion 3 (Baden-Elsaß) mit 32,99 Unfällen auf je 1000 Arbeiter. Der Bericht gibt uns leider nur näheren Aufschluß über die paar entschädigten Unfälle. Wir erfahren daraus, daß in 55 Fällen Tod als Folge des Unfalls, in 8 Fällen völlige, in 364 Fällen teilweise und in 346 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit verzeichnet wurde! Die alte Erfahrung! Entweder tot oder nur „vorübergehend“ erwerbsbeschränkt. Anders tun es die siebengescheiten Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften nicht! 46 Witwen und 99 Kinder haben Anspruch auf Hinterbliebenenrente stellen müssen, da der Ernährer durch den tödlichen Unfall ihnen geraubt wurde! Nach Alter und Geschlecht verteilt, waren 689 Verletzte Erwachsene männlichen, 54 Erwachsene weiblichen Geschlechts. Unter 16 Jahren waren 24 Jugendliche männlichen und 6 weiblichen Geschlechts verunglückt. Während die Kinder der Papierfabrikanten noch zur Schule gehen, werden die des Proletariats schon in den Fabriken verkrüppelt, um zeitweilig mit der niedrigen Rente jugendlicher Arbeiter vorlieb nehmen zu müssen! Der Bericht meldet auch, daß 122 Unfälle sich an Papiermaschinen, Pappmaschinen etc., 197 an anderen Arbeitsmaschinen, 59 an Motoren, Transmissionen, 20 an Fahrstühlen, Aufzügen, 14 an Dampfesseln, 21 durch feuergefährliche Stoffe, 37 durch Zusammenbruch etc., 107 durch Fall von Leitern, Treppen etc., 89 durch Fuhrwerk, 42 durch Handwerkszeug etc. ereignet hatten!

Als besonders wichtige Änderungen der Unfallverhütungsvorschriften, die natürlich von den meisten Unternehmern gar nicht beachtet werden, bezeichnet der Bericht: Sicherung der Wandöffnungen durch Brustwehren, Tragen von Sicherheitsgürteln bei Arbeiten auf Dächern, Plattformen, Einrichtungen, welche ein sicheres Stillsetzen, Stillstand der Wasserräder, Turbinen usw. ermöglichen, Schutz der Riementriebe, Verbot des Auflegens von Treibriemen durch unerfahrene Arbeiter, Schutzvorrichtungen an Walzenpressen, an den Filztrocknern usw. Ganze 16 Punkte sind es, welche den Unternehmern ganz besonders an Herz gelegt werden, um Unfälle möglichst zu verhüten! Für die Arbeiter wird außerdem das Verbot des „Mit- und Zubringens von Branntwein“ — „Spielerei und Neckerei im Betrieb“ — „Entfernung oder Beschädigung der Schutzvorrichtungen“ wichtig sein!

Von den 1246 versicherten Betrieben wurden 545 im Berichtsjahre von den Aufsichtsbeamten „revidiert“! Auch 112 „Rentenempfänger wurden — kontrolliert! Stellt man die einzelnen Berichte der Sektionen zusammen, was die Berufsgenossenschaft unterläßt, so ergibt sich folgendes Bild der Revisionsresultate:

Es wurden revidiert in

Sektion	Betriebe	welche	163	Beaufstaltungen	ergaben,
1	27	Betriebe,	130	„	„
2	31	„	127	„	„
3	17	„	469	„	„
8	20	„	184	„	„
8	114	„	1064	Beaufstaltungen.	

In 209 revidierten Betrieben wurden also 1064 Mängel vorgefunden. Die Berichte der Sektionen 4, 5, 7 usw. sind ungenau, beklagen aber allgemein die große Anzahl der Mängel an Papierpressen, Kreislagen usw.

Die Zahl der Rentenempfänger, welche im Berichtsjahre gegen die Rentendrückerei Verurteilung erhoben, betrug 402. In 84 Fällen = 20,9 Prozent siegten die Verletzten, in 265 Fällen = 66 Prozent die Berufsgenossenschaft völlig! Nur 18,3 Prozent der Rente waren für die Verletzten günstig! Die Berufsgenossenschaft kann „zufrieden“ sein!

Zum Kapitel „Wohnungsmisere der Ziegler“.

„Der Menschheit ganzer Sommer packt uns an“, betrachten wir uns die allen hygienischen und sittlichen Anforderungen höhnisprechenden Unterkunftsräume für die Ziegler in den verschiedensten Gegenden Deutschlands. Wir sagen ausdrücklich Unterkunftsräume, denn der Name „Wohnung“ würde sehr mit Unrecht diesen Höhlen beigelegt.

Vergehoch stapelt sich der Tastsachen Hütle, wodurch flüchtig bewiesen wird, daß der Hund des Ziegeleibehülers meistens ein besseres Unterkommen hat als „seine“ Arbeiter. Gehen wir nun einmal die Fabrikinspektionsberichte der einzelnen Bundesstaaten durch, so finden wir das bestätigt. Haarhäubende Einzelheiten bieten uns die im Jahre 1905 herausgegebenen Berichte und, soweit sie bereits veröffentlicht sind, gleichfalls die heuer erschienenen.

So berichtet der Beamte aus Ostpreußen: „An die Herstellung gut gelüfteter Räume, seien es Werkstatt, seien es Schlaf- und Wohnräume, mußte stets aufs neue in dringlicher Weise erinnert werden.“

Schlaf- und Aufenthaltsräume auf Ziegelöfen oder über sinkenden Stallungen mußten manchemal nicht ohne Widerstand entfernt werden.“

In Bromberg waren die Arbeiter sogar der Erstickungsgefahr ausgesetzt. Der dortige Beamte berichtet darüber, daß die von den Decken der Ringöfen entweichenden Gase die Aufenthaltsräume der Ziegelbrenner gefährdeten. Trotzdem konnte ein Ziegeleibehüder erst veranlaßt werden, Remedur zu schaffen, nachdem gerichtliche Bestrafung eingetreten.

Positive Mitteilungen über vorhandene Mißstände werden aus Hannover und Hildesheim zwar nicht gemacht, jedoch heißt es, daß die Wohnungsverhältnisse der Ziegler eine fortgesetzte scharfe Kontrolle notwendig machen.

Im Kölner Bezirk, wo sehr viel holländische Wanderarbeiter Beschäftigung finden, klagt der Beamte über die vielen Unterlassungssünden der Unternehmer. In einem Falle sei dem Lokomotivwärter ein auf freiem Felde aufgestelltes zeltartiges Gefäß als dauernde Schlafstätte angewiesen. Bei Ermittlung der Größe der Schlafräume ergab sich, daß auf jede Person oft kaum mehr als vier Kubikmeter Luftraum entfielen. In einem Falle waren zwei erwachsene Arbeiter mit drei sechzehnjährigen Mädchen in einem Raum untergebracht.

In Oberbayern war die Unterbringung der italienischen Wanderarbeiterinnen sowohl in hygienischer wie in sittlicher Beziehung eine völlig ungeeignete. So war z. B. drei Arbeiterinnen eine Bettstelle von 1,50 Meter Breite zugewiesen. In 4 Fällen mußten sich je zwei Arbeiterinnen mit einem Einschlafbett begnügen. Drei Arbeiterinnen und ein Arbeiter, angeblich deren Vater, waren auf zwei Betten in einem Raume angewiesen. Ein anderes Mal konnte der Schlafraum der Arbeiterinnen nur durch den der Männer erreicht werden. Die Bettstelle einer anderen Arbeiterin war auf dem Ringofen und noch dazu ohne jeden Abschluß untergebracht. Außerdem erfüllten die Schlafräume in bezug auf Reinlichkeit, Waschgelegenheit und Lagerstätten meistens nicht einmal die allerbeideinsten Anforderungen.

In Niederbayern daselbe Elend: In einer Ziegelei war ein erwachsenes Mädchen so untergebracht, daß der Ziegeleimeister, um in seinen Unterkunftsraum zu gelangen, durch ihren Schlafraum gehen mußte. Der hier zuständige Beamte meint: Wenn auch im allgemeinen die Unterkunftsverbesserungen in Ziegeleien „fortschritte“ erkennen lassen, so waren doch in 39 Betrieben 117 Mißstände der verschiedensten Art für 1262 Personen zu beseitigen, wie: Ersatz loser Strohes durch Strohhäcke und Koppelpolster, Ausbesserung defekter Mauerwerke, Anwurf von Rohmauerwerk, Rümchen von Schlafräumen, Ausbessern von Bodenbelag, Herstellung, Ersatz und Reparatur von Fensterhebeln. Es war Ermöglichung der Ventilation zu schaffen durch Beweglichkeit der Fenster, Abschluß gegen Eindringen der Kälte zu betätigen, Erstellung gesonderter Lager, ferner von solchen mit schützender Unterlage an Stelle eines bloßen Segelmattes. Mehrfach waren wieder Lager von den Ringofenlaternen zu entfernen.

Wie man das, so glaubt man nicht, daß von menschlichen Wohnungen die Rede sei, vielmehr von Schweinehütten! Und dabei sind die jetzigen Zustände „fortschritte“ gegenüber! Wie mag es da erst früher ausgehen haben.

In Sachsen beginnt das Vieh der Wohnungsmiethere von vorne. Bei Gelegenheit der Revision im Chemnitzer Bezirk ward zum so und sovielen Male festgestellt, wie die Unterbringung der Wanderarbeiter fast alles zu wünschen übrig läßt. In drei Fällen wurde der Schlafraum als völlig ungeeignet befunden, während sechs mal auf eine Instandhaltung und Verbesserung der Räume hinzuwirken, und fünfmal einer Ueberfüllung derselben entgegenzutreten war. Nicht weniger als fünfzehn mal machte sich die Anordnung notwendig, daß jedem Arbeiter eine gesonderte Bettstelle zu beschaffen sei. Siebzehn mal wurde die Beschaffung und fünfmal die Ergänzung der Wassereinrichtung gefordert.

Im Weisener Bezirk hatten die Unterkunftsräume zweifeln keine Dichtung. Die Trennungswand zwischen den Abteilungen für Männer und Frauen zeigte Fugen und Spalten, und die Fenster des für die Frauen eingerichteten Raumes gestatteten den Einblick. In einer Anlage schlossen die Männer auf der mit Strohsackten Dichtung. In anderen Betrieben waren zwar Strohsäcke und Strohlager vorhanden, jedoch keine Strohhäcke, Koppelpolster und Decken, so daß Kleidungsstücke zum Zudecken benutzt werden mußten. In anderen Betrieben waren zwar vollständige Betten vorhanden, jedoch in nicht genügender Anzahl, so daß je zwei Arbeiter ein Bett benutzen mußten. In einer Ziegelei schlossen Männer und Frauen gemeinsam auf Strohsackten.

Der vorjährige, wie auch der diesjährige Bericht aus Baden läßt lebhaftige Klage über gar zu traurige Wohnungsverhältnisse.

So heißt es im diesjährigen Bericht z. B.: In einer größeren Dampfziegerei des Oberlandes waren 23 Räume in 14 Betten untergebracht. Von diesen Betten fanden drei auf dem Brennofen, die übrigen waren in einem nur mit Schindeln gedeckten und mit zwei kleinen Fenstern versehenen Raum von etwa 30 qm Fläche auf-

gestellt. Die Arbeiter hatten, da ihnen ein anderer Platz nicht zur Verfügung stand, ihre Habseligkeiten an den Pfosten des Daches aufgehängt. Wassereinrichtungen waren nicht vorhanden. Hier ist erfreulicherweise die Inspektion energisch vorgegangen. Allgemein ist für jeden Arbeiter ein eigenes Bett, ein besonderer Schrank, eine Wasserschüssel, ein Stuhl und mindestens 12 cbm Luftraum verlangt. Daß das noch erst verlangt werden muß, ist standalös. Wir haben im Obigen nur einige Stichproben aus dem amtlichen Material gegeben. Und dies amtliche Material enthält wiederum nur Stichproben der tatsächlichen Verhältnisse, werden doch längst nicht alle Betriebe alljährlich auch nur einmal revidiert. Wie viel schlimmer wird also noch die Wirklichkeit sein! —

Dabei sind die oben geschilderten Verhältnisse so standalös, so empörend, daß man staunen fragt, wie ist es möglich, daß Menschen, denkende, fühlende Menschen, sich das bieten lassen, in solche Ställe sich einsperren lassen, gleich dem lieben Vieh, nachdem sie bei endlos langer Arbeitszeit und überaus schwerer Arbeit den Tag über, die Woche über sich geplagt haben.

Sie, die fern von den Thüren so besonders eines gemüthlichen, sauberen Heims bedürften, um sich von des Tages Last und Mühe auszuruhen, zu erholen, dem Geiste Nahrung zuzuführen, kurzum — um Mensch zu sein!

Aber freilich, die lange Arbeitszeit hat sie abgestumpft, apathisch gemacht, kampfunlustig.

Hoffen wir, daß die Pfingstkonzert die Folge zeitigen wird, die Kampfeslust und Kampfesfreudigkeit, aber auch den Solidaritätsgedanken zu entfachen bei den doppelt und dreifach Ausgebeuteten in der Zieglerindustrie. Dann wird durch die Macht der Organisation, wie mit den vielen übrigen Unerträglichkeiten, auch mit den menschenunwürdigen Wohnungsverhältnissen aufgeräumt werden. U. B.

Aus den Papierfabriken des Schwarzwaldes.

Wenn irgend in einem Industriezweig schlechte Lohnverhältnisse anzutreffen sind, so ist es in der im Schwarzwald so weit verzweigten Papierfabrikation. Was im allgemeinen auf Papierfabriken zutrifft, ist hier im besonderen der Fall. Mit allen Mitteln wehren sich die Unternehmer gegen den Verband, doch nur deshalb, damit man die üblichen Hungerlöhne nicht aufzubessern braucht. Es mag unglaublich erscheinen, daß Löhne bezahlt werden von 18, 19, 21, 22 bis 24 Pf. pro Stunde an erwachsene Arbeiter, an Arbeiterinnen die Hälfte. Wie damit ein Arbeiter nur als einzelner leben soll, muß schon jedem ein Rätsel sein, und doch soll der verheiratete Kollege damit noch seine Familie ernähren. Die Eigenart der Betriebe, die schlechten Löhne, die Gewalt Herrschaft der Unternehmer, alles steht der Organisation hindernd im Wege, so daß es nur ganz langsam gelingt, in diesem Gebiet Fuß zu fassen.

Wie man es zu verhindern sucht, daß die Arbeiter sich organisieren, zeigt folgender Fall:

In Reutlingen im Schwarzwald fand kürzlich eine Versammlung statt. Die ersten, welche erschienen, waren Leute vom Kontor, Werkführer und ein Betriebsleiter. Der Besuch seitens der Arbeiter war ein sehr guter, doch hatte infolge der Ueberwachung durch die Fabrikbeamten fast keiner den Mut, sich zum Verbands zu melden, denn die Kuppelner blieben da, bis alle Arbeiter das Lokal verlassen hatten. Ein Kollege hatte den Mut, einen Aufnahmeschein abzugeben, wurde aber sofort notiert und am andern Morgen entlassen.

Einem zugereisten Kollegen, welcher bereits Mitglied war, ging es ebenso. Trotzdem haben sich bis jetzt eine Anzahl Arbeiter im stillen zusammengesunden und wird in Bälde eine Zahlstelle entstehen können, trotz des ungeheuren Drucks, welchen der Unternehmer ausübt. Neben der Zahlstelle Zell a. S., welche vor einiger Zeit errichtet wurde und gute Fortschritte machte, gelang es auch in Freiburg i. Br., den Verband durch Errichtung einer Zahlstelle zu festigen. Desgleichen in Ettlingen am letzten Sonntag. So dringt der Gedanke der Organisation auch im Schwarzwald unter den Proletariern der Papierfabriken immer mehr vorwärts trotz aller Hindernisse. Nirgends ist es aber nötiger als gerade hier. Inmitten dieser herrlichen Gebirgslandschaft, wo die Naturschönheiten auf den Fremden oft einen überwältigenden Eindruck ausüben, lebt eine Arbeiterschaft in den da. var schlechtesten Verhältnissen dahin.

Wie schon oben angeführt, sind die Löhne gering, die Nahrungsmittel aber in jedem Schwarzwaldsdorfe so teuer wie in der Großstadt. Tausende von Frauen und Mädchen müssen da mitarbeiten, nur um das nackte Leben zu fristen. Alljährlich strömen Hunderttausende von Sommerfrühlern dem Schwarzwald zu, um sich von den „Strapazen des Kampfes ums Dasein“ zu erholen, aber nur wenige haben eine Ahnung von den traurigen Verhältnissen der dortigen Papierarbeiter. Hier steht der Agitation ein weites Feld offen. Mehr als 30 Orte sind noch vorhanden, in denen wir noch keine Verbindung haben.

Die bis jetzt organisierten Kollegen sollten dafür sorgen, daß in aller Bälde dort, wo der Anfang gemacht ist, auch der letzte Arbeiter dem Verbands vollends zugeführt wird. Solange dies nicht geschieht, wird eine Besserung der traurigen Zustände nicht möglich sein. Diejenigen Kollegen, welche an irgend einem Orte des Ganges 6, wo Papierfabriken sind, Verbindung haben, werden ersucht, Adressen von Arbeitern, an die man sich betrefis Agitation wenden kann, an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Verbandsgenossen, helfst mit, um hier ein Gebiet zu erschließen, welches bis vor kurzer Zeit noch unberührt geblieben ist.

„Aus dem Paradiese der Roten“

so betitelt sich ein Artikel der „Gewerkschaftsstimme“ in Nr. 28, die sich mit unserer Organisation befaßt. Die „Gewerkschaftsstimme“ ist das Organ des Verbandes der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter und verschiedener Berufs Deutschlands. Der Artikel ist ohne Zweifel aus recht un-

christlichem Verger darüber entstanden, daß die christliche Organisationszerfplitterte, soweit Hilfsarbeiter in Frage kommen, gar nicht so recht vorwärts gehen will. Einleitend wird ein greuliches Geschickchen aus Schiffsfel erzählt. Da sollen, als die Arbeiter der Zutespinnerei Lohnforderungen stellten, Bevollmächtigte von uns mit „der halben Million Rassenbestand“ gepöhl haben, „die jedes rote Verbändchen mindestens habe“, dann sei den Unorganisierten und auch unseren Mitgliebern gesagt worden: „Wir lehnen jede Verantwortung für die Folgen ab und auch unsere Mitgließer erhalten keine Unterstützung.“ Das Blatt sagt selbst, daß ca. 1100 Unorganisierte und nur 250 Organisierte, von denen 160 unserer Organisation angehörten, vorhanden waren. Daß bei solchem Organisationsverhältnis ein Streit nur mit einer Niederlage enden kann, scheint ihm aber nicht zu dämmern! Es erachtet es für ganz selbstredend, daß wir den Unorganisierten Unterstützung gewährten. Was die Funktionäre der Christlichen von vornherein von der Hand wiesen, das sollte unsere Organisation als ganz „selbstredend“ auf sich nehmen; und das bei einer Anzahl von 1100 Menschen. Da unsere Kollegen von vornherein den Unorganisierten gesagt haben: „Ihr erhaltet Unterstützung nicht“, so verfahren sie ganz korrekt, wenn sie auch unseren Mitgliebern erklärten, es ist eine Arbeitseinstellung nicht denkbar, bei welcher über tausend Menschen ohne Unterstützung bleiben müssen, also ist es unmöglich, daß ihr die Arbeit niederlegt. Legt ihr sie trotzdem nieder, so widerspricht das den Bestimmungen des Statuts und ihr erhaltet keine Unterstützung.

Unsere Kollegen verhinderten also einen allgemeinen Streit, der notwendig mit einer Niederlage enden mußte, denn die Leute halten nicht aus, wenn sie keine Unterstützung erhalten. D., ar, daß die Kollegen eine Niederlage verhinderten, werden sie angepöbelt.

Hätten sie unter Gewährung von Unterstützung an die Unorganisierten die Arbeitseinstellung perfekt werden lassen, dann wären sie von den lieben „Christen“ erst recht angepöbelt worden. Man sieht, dieser schwarzen Garbe kann man es nie recht machen.

Die abfällige Aeußerung, die ein Funktionär des Metallarbeiterverbandes gegen unseren Verband gebraucht haben soll, ist gar nicht gefallen. Als Herr Kamp diesen Funktionär namhaft machen sollte, da konnte er es nicht. Der „große Unbekannte mit dem kleinen schwarzen Schnurrbart“ soll es gesagt haben.

Dann erzählt der Verfasser noch eine Schauernar aus Süddeutschland. Er bedient sich dabei des jüdischen Jargons ohne Zweifel, um zu beweisen, daß er außer schlechtem Deutsch auch noch anderes reden kann. Der Schauaplag, auf den uns der mauschelnde Herr führt, ist Mannheim-Nedarau. Da freilich die auf der Gummi- und Zellulosefabrik beschäftigten Arbeiter. Wie der biedere Artikelschreiber selbst einräumen muß: trotz „Abreden der Führer“. Der Ehrenmann muß auch zugeben, daß die Leitung unseres Verbandes die Zustimmung zum Streit versagt hatte, und trotzdem versucht er es, uns die Verpflichtung zur Unterstützung aufzuzwängen. Gegen die Leitung dieses Werkes findet der christliche Wiedermeier kein Wort der Verurteilung ob ihrer brutalen Ausperrungstaktik. Im Gegenteil, diese Gesellschaft, deren Aktien sich in wenigen Händen befinden und die im Jahre 1904 einen Gewinn von 2106 625 Mk. hatte, wird trotz ihres Terrorismus gegen die Arbeiter gnädigst unter den Mantel christlicher Liebe genommen! Obwohl, was den Christen sehr wohl bekannt ist, die Fabrikleitung gar nicht auf die Forderungen der Arbeiter geantwortet, hat der Artikelschreiber den Mut zu behaupten, eine angenommene Resolution habe jede Verständigung abgebrochen.

Die „Gewerkschaftsstimme“ muß feststellen, daß die Direktion jede Verhandlung abgelehnt. Sie hat kein verurteilendes Wort für diesen Unternehmerabsolutismus! Bewahre! Der Sozialdemokrat Süßkind und die „Mannheimer Volksstimme“ haben die Direktion gemein beschimpft und beleidigt, deshalb die Ablehnung von Verhandlungen. Eine Betriebsleitung, die den Arbeitern auf eingereichte Forderungen nicht antwortet, die weiter den fordernden Arbeitern die Fabriktoore weis, wird noch in Schutz genommen gegen eine Kritik des sozialdemokratischen Blattes, die, möge sie noch so scharf gewesen sein, jedenfalls berechtigt war, und das nennt sich dann Weitervertreter!

Die „Gewerkschaftsstimme“ vermag sich nicht eine Silbe der Entrüstung darüber abzuqualen, daß die Familie Benzinger 3000 Arbeiter aufs Pflaster schmeißen läßt, aber sie sprudelt über vor sittlicher und moralischer Empörung, daß wir, als die Fabrik zur Arbeitsaufnahme von der Betriebsleitung wieder freigegeben war, die Unterstützung nicht weiter bezahlten wollten.

Bei sich erachtet es die „Gewerkschaftsstimme“ für ganz in der Ordnung, daß Leute Unterstützung nicht erhalten, die nicht organisiert sind. Bei uns ist es ein Verbrechen, wenn wir 2600 Menschen, die seit einem Jahre in Fabriksversammlungen über Fabriksversammlungen aufgefordert wurden, sich zu organisieren, und es gleichwohl unterließen, der Organisation sich anzuschließen, nach Freigabe des Betriebes Unterstützung nicht mehr gewährten. Unverhüllter ist die Moral mit doppeltem Boden noch nicht betätigt worden, als es hier die „Glabbacher Jünger“ tun. Wir haben den Kollegen über 29 000 Mark Unterstützung gewährt. Davon sind über 25 000 Mark aus der Verbandskasse geflossen. Das nennen die Hintermänner der „Gewerkschaftsstimme“, die über einen Rassenbestand von 17 000 Mark verfügen, „eine kleine Unterstützung“, und sie wagen hinzuzufügen: „Der Verband läßt seine Mitgließer systematisch im Stich.“ Damit haben die Herren lediglich den Beweis erbracht, daß sie das Gebot: „Du sollst nicht lügen“ in ganz besonderer Weise praktizieren.

Dann wird sich noch ein Schelmenstückchen über unsere Kollegen in Hannover geleistet. Diese sollen auf der Mechanischen Weberei, als die „Christlichen“ aus der Reihe tanzten und mit der Direktion Verhandlungen anbotzten, zu denen sie außer ihren paar „Zentrumschriften“ niemand beauftragt hatte, annehmbare Bedingungen abgelehnt haben, um nach

14 Tagen zu denselben Bedingungen, wie sie den Christlichen gestellt waren, zu Kreuze zu ziehen". Das ist „allerchristlich“ gelogen! Wahr ist, daß für 131 Mann Verbesserungen erreicht wurden, die um 3 1/2, 4 und 6 Prozent höher standen als die Bedingungen, zu denen die „Christen“ anfangen sollten. Es muß schlimm bestellt sein um die Sache der schwarzen Garbe, wenn sie im Kampfe gegen eine ihr unbequeme Organisation zu Mitteln greifen muß, die alles andere, nur nicht christlich sind.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutschen Emissionen im 1. Halbjahr 1906 — Die Neugründung von Aktiengesellschaften — Die Verbindungen in der Brauerei, der Elektroindustrie, der Draht- und Spiritusproduktion, in der Eisenbahn — Strumpf- und Stoffhandelsbranche — Eisen und Kohle.

In der Presse sind die üblichen Uebersichten über die deutsche Emissionstätigkeit in der ersten Hälfte des laufenden Jahres 1906 erschienen. Sie zeigen außerordentlich hohe Ziffern, entsprechend der ganzen allgemeinen Konjunktur und trotz so mancher hemmender Erfahrungen des Geldmarktes und der Börsen.

In das erste Halbjahr 1906 fielen die russischen Wirren, die Marokkofreitigkeiten, die Verhörungen von San Franzisko, fiel vor allem die internationale Geldknappheit, die gerade in Deutschland eine Art Höhepunkt erreichte. Unsere Großbanken verzichteten deshalb vorläufig auf die in Aussicht genommene eigene Kapitalerhöhung und verschoben sie auf spätere Termine mit größerer Kapitalstärkung. Eine Reihe anleihenloser Gemeindeverwaltungen warten zunächst noch auf Anzeichen, ob sie ihren Kreditbedarf in Zukunft nicht günstiger beden können, wie in der teuren Gegenwart. Trotz alledem wurden, nach der bekannten Statistik des „Deutschen Oekonomist“, im ersten Halbjahr 1906 dem Nennwert nach 1701,98 Millionen Mark in- und ausländischer Wertpapiere an den deutschen Börsen zur Einführung gebracht, mit einem Kurswert von 1929,19 Millionen Mark — gegen nominell 3027,51 Millionen Mark (mit einem Kurswert von 3090,68 Millionen Mark) im ganzen Jahre 1905, und nominell 1815,57 Millionen Mark (mit einem Kurswert von 1995,07 Millionen Mark) im ganzen Jahre 1904.

Nun erscheinen unter Emissionen allerdings auch die eigentlich nur neu eingetauschten Werte bei Konversionen, bei Aktienbetriebsveränderungen zu einer neuen Firma usw.; hier brauchen also noch so große Emissionen keine wirkliche wirtschaftliche Ausdehnung (Expansion) und Belebung auszuweisen. Auch die wechselläufige oder starke Anleiheausgabe seitens der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen macht die verschiedenen Jahresziffern schwer vergleichbar — das plötzliche Auftreten einer russischen Milliardenanleihe kann z. B. die Emissionen außerordentlich answellen lassen, beweist aber gar nichts für einen florierenden Geschäftsgang, weder im Gläubiger- noch im Schuldnerlande. Dieser letzte Einwand fällt jedoch diesmal für Deutschland hinweg; Deutschland ist 1906 für neue ausländische Werte aller Art viel weniger in Anspruch genommen worden, wie im Vorjahre. Weiter entfallen von der Gesamtsumme der im 1. Halbjahr 1906 emittierten inländischen Wertpapiere 617,56 Millionen Mark auf deutsche Staatsanleihen, 220,02 Millionen Mark auf Kommunalanleihen, 275 Millionen Mark auf Pfandbriefe, während Industrieaktien im Nominalbetrage von 210,14 Millionen Mark (im Jahre 1905 309,18 Millionen Mark) und einem Kurswerte von 356,36 Millionen Mark (i. V. 352,04 Millionen Mark) und Bankaktien im Nominalbetrage von 109,69 Millionen Mark (1905 116,83 Millionen Mark) und einem Kurswerte von 183,11 Millionen Mark (i. V. 146,50 Millionen Mark) emittiert wurden. Wenn also die Emissionstätigkeit auch im zweiten Halbjahr 1906 gleich lebhaft bleibt wie im 1. Semester, so werden die Emissionen des Jahres 1906 diejenigen des vorigen Jahres noch weit übertreffen. Seit Anfang 1905 waren Industrieaktien im Kurswerte von rund 900 Millionen Mark emittiert, oder soviel wie in den Jahren 1901, 1902, 1903 und 1904 zusammen. Das frühere Abwärts- und jetzige Aufwärts- der wirtschaftlichen Konjunktur wird dadurch schlagend beleuchtet.

Eine andere jetzt veröffentlichte Statistik behandelt nicht, wie die vorige, die Kapitalaufnahmen der bürrenschaftlichen Industrie- und Bankunternehmungen, sondern die Eintragungen neuer Aktiengesellschaften in das Zentral-Handelsregister. Danach wurden im ersten Halbjahr 1906 eingetragen 120 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 228,55 Millionen Mark — gegen 192 Gesellschaften mit 386 Millionen Mark im ganzen Jahre 1905, 104 Gesellschaften mit 140,65 Millionen Mark in 1904 und 84 Gesellschaften mit 300 Millionen Mark Kapital im ganzen Jahre 1903. Der Aufstieg hat sich also bisher noch ununterbrochen fortgesetzt. Gruppenweise waren im verflochtenen Halbjahr am stärksten an den Neugründungen beteiligt: Bergbau, Güttensalinen, Metallverarbeitungs-Maschinenbau, Banken, Bau- und Terrängegesellschaften. Die letzteren spiegeln, wie in jeder guten Zeit, das Ausdehnungs- und Modernisierungsstreben unserer Großstädte wieder, mit Berlin an der Spitze, das von 39,92 Millionen Mark neuem deutschen Terrängegesellschaftskapital nicht weniger wie 22,70 Millionen Mark beanspruchte.

Auch die kapitalistischen Verschmelzungen schreiten noch immer fort, zum Teil allerdings infolge zufälliger Geschehnisse. So wird die neue deutsche Steuer- und Zollgesetzgebung auf die Brauereien als augenblicklicher Anreiz zu geschäftlichen Vereinigungen und Vereinbarungen. In Berlin verschmilzt sich die C. Habelsche Brauerei (mit rund 80 000 Hektoliter Jahresabjaß), eine der wenigen noch bestehenden privaten Großbrauereien, mit der Königsstadt-Aktiengesellschaft (Abjaß im letzten Geschäftsjahr 137 226 Hektoliter). Das Aktienkapital Königsstadt soll zu diesem Zwecke um 1 1/2 Millionen Mark (auf 5,7 Millionen Mark) erhöht werden.

Durch ein internationales Zusammenwirken von englischen und deutschem Kapital scheint auch ein schon lange vielerörtertes Riesensprojekt seiner Erfüllung entgegenzugehen: die Ausbuchtung der südamerikanischen Vitoriafälle — eines Seitenflusses zum nordamerikanischen Niagara — zur größten Ueberlandzentrale der Welt, um den verhältnismäßig weit abliegenden Minengebieten neue Kraft- und Lichtquellen zu erschließen. Für die Bedeutung des Unternehmens, dessen Einzelheiten demnächst bekannt gegeben werden sollen, spricht der Umstand, daß die verfügbare Kraft aus den Vitoriafällen des Zambesitromes auf 500 000 HP oder unter Mitbenutzung der Siomafälle, durch Anlegung eines Kanals etwa 16 Meilen Stromabwärts, auf 1 000 000 HP festgesetzt worden ist. Für den gesamten Betrieb aller Rand-Minen aber würden etwa 150 000 HP genügen. Als deutsche Aktiengesellschaft tritt in erster Linie die große Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft auf; auch Siemens-Schuckert ist herangezogen worden.

Andererseits gehen manche ältere lathantische Bundesgenossen schaften wieder in die Brüche. So der Drahtstrickerband, dem zuletzt 15 Werke angehörten, während im Süden und in Sachsen das Außenleitertum viel Einfluß besitzt. Bei den jetzigen Beratungen suchte man zu einem allgemeinen Uebereinkommen zu gelangen. Wie es heißt, ist in letzter Stunde die Einigung an der Stange gescheitert, die unter der Führung der Firma Gebr. Stumm stand. Die Wirkung auf den Markt und die Preise muß trotzdem abgewartet werden. Ist doch im Vorjahre der Grobblechverband und der Feinblechverband zu Grabe getragen worden, ohne daß bei der Hochkonjunktur die Preise sich ermäßigten. — Nach seinen letzten Rundgängen hätte der Spiritusverein gleichfalls seine Erneuerungsversuche eingestellt, weil die aufstrebende ostpreussische Spiritusfabrik, mit dem freilichselbstverwaltenden Herrn v. Tiedemann an der Spitze, allzuvielen „Streitbrechern“ um sich sammelte. Vielleicht aber ist die Drohung mit der Ausführung nur ein Schreckschuß gegen die Widerstrebenden. — Dagegen soll die Ende Juni eingetretene Auflösung des Kartells der Eisenbahn-Gesellschaften von einem Stützgang der Eisenbahnen begleitet gewesen sein.

Somit lauten die Nachrichten für den Kapitalmarkt durchgängig günstig.

So wird in einem Sachbericht für die Strumpf- und Stoffhandelsbranche der Textilindustrie, deren Arbeiter so schwer ihre Lohnhöhe verbessern, der Geschäftsgang als glänzend wie kaum je geschilbert. Schon 1905 habe man alle Hände voll zu tun gehabt, seit Anfang 1906 habe man auch mit immer günstigeren Verkaufspreisen rechnen können: „Die Nachfrage wuchs in solchem Maße, daß sich die Einkäufer bereit zeigten, die höchsten Preise anzulegen, um nur die nötige Ware zu bekommen, und seit einigen Monaten ist die Situation derart, daß Aufträge kaum noch unterzubringen sind. Insbesondere lehnen es die Fabrikanten ab, solche Bestellungen anzunehmen, bei denen für rechtzeitige Lieferung feste Garantien geleistet werden sollen. Eine hervorragende Kaufkraft zeigt Nordamerika.“ Der Bericht warnt aber zugleich vor der Ueberproduktion, die zu befürchten sei, wenn die Betriebserweiterungen, die in solchem Umfang bisher noch nicht dagewesen seien, ihre volle Wirkung ausüben; bis jetzt sei erst ein Teil der neuen Maschinen fertiggestellt und im Gange; „wenn diese aber alle in Betrieb sein werden, steht zu befürchten, daß die außerordentlich vergrößerte Produktion auf den Markt drücken und namentlich bei rückgängiger Konjunktur unheilvolle Wirkungen im Gefolge haben wird.“

Aus den rheinisch-westfälischen Eisengewerken wird fast allseitig von übernormalen Aufträgen und notgedrungenem Hinausziehen der Lieferungsfristen berichtet. Ferner bleiben die Rohmateriallieferungen immer mehr hinter dem Verarbeitungsbedarf zurück.

Im Juni betrug der rechnermäßige Abjaß des rheinisch-westfälischen Kohlenbündels an Kohlen 5 059 241 Tonnen gegen 4 606 945 Tonnen im Juni 1905. Der Abjaß hat mithin im Juni gegen das Vorjahr um insgesamt 452 296 Tonnen, also um 9,86 Proz., oder arbeitsmäßig um 5,16 Proz. zugenommen.

Berlin, 15. Juli 1906. Max Schippel.

Vom sozialen Kampfplatz.

Arbeitsverhältnisse sind neu angebrochen in Ostrow und Wolgast.

Der Streik auf der Gummiabrik Schwanz in Berlin hat sich auf die eine Schwesterfabrik des Werkes Berlin-Frankfurt ausgebreitet. Die Fabrikleitung wird direkt und indirekt verurteilt, Arbeiterkräfte zu erhalten. Es sind daher alle Kollegen verpflichtet, Arbeitsangebote aus Berlin streng zurückzuweisen. Die Fabrikleitung soll sich mit den Kollegen verständigen, dann braucht sie sich nicht auf die Suche nach Kaufpreisen zu begeben.

Auf der Gailischen Dampfsiegelei in Gießen dauert der Streik unverändert fort. Von dem Kollegen Brey wurde der Versuch gemacht, Verhandlungen mit dem Unternehmer anzuknüpfen. Der Herr Kommerzienrat Gail ließ durch seinen Prokuristen die Mitteilung machen, daß er nicht zu sprechen sei. Der Herr, der sonst für alle möglichen Dinge Zeit und auch Geld zu haben pflegt, gab er doch zum Bau eines neuen Stadttheaters eine bedeutende Summe, ist nicht zu sprechen, wenn er im Interesse seiner streikenden Arbeiter, die um eine tägliche Lohnerhöhung kämpfen, angegangen werden soll. Der Herr pflegt sich auf den „Liberalen“ hinauszuspielen. Ein ganz sonderbarer Liberalismus ist es indes, welchen der Herr vertritt. Das beweist schon die Arbeitsordnung, welche die Arbeit auf der Siegelei und den Konwerken regelt. Diese legt für die Arbeiter Strafen über Strafen fest, wimmelt von Pflichten und Vorschriften für die Arbeiter, aber von Rechten für diese enthält sie nichts oder doch nur sehr wenig. Auf diese Arbeitsordnung werden wir noch einmal zurückkommen. Auf die Forderungen der Kollegen hat die Dampfsiegelei Gail Mordarbeit an. Natürlich lehnten die Kollegen diese um so mehr ab, weil in dem gemachten Angebote gar kein Fingerzeig gegeben war, wie die Mordarbeit für die bislang im Tageslohn Arbeitenden denn eigentlich sich regeln sollte. Es war nur eine Andeutung der Löhne jener Arbeiter aufgestellt, die bereits im Mord beschäftigt sind. Das Klagegeld, das über den Fleiß und die Leistung vieler Leute angestimmt, ließ aber nicht un schwer erkennen, worauf es dem Betriebsleiter bei der Sache ankam; nicht auf eine bessere Bezahlung, sondern auf eine Erhöhung der Leistungen. Dann wäre diese Lohnbewegung auf eine Erhöhung des Unternehmergewinnes hinausgelaufen, während es bei den Arbeitern noch durchaus zweifelhaft war, ob sie bei noch größerer Anstrengung eine Erhöhung des Lohnes bekommen. Offenbar schätzte die Betriebsleitung die Kollegen so energielos ein, daß sie annahm, diese würden die Arbeit gar nicht niederlegen. Als das doch geschah, da erwartete man ohne Zweifel, daß die Streikenden in der ersten Woche würden gelaufen kommen und um gütige Wiederaufnahme bitten. In beiden hat sich die Betriebsleitung getäuscht. Sie wird noch weitere Enttäuschungen erfahren. Von den Streikenden hatten einige zu Bankzwecken Steine von der Siegelei erhalten, natürlich auf Kredit. Jetzt bringt sie die Zahlung in Erinnerung. Sie hofft dadurch ihre Schuldner ins Vordringen zu jagen und sie in den Betrieb zu bekommen. Großen Erfolg wird sie auch damit nicht haben. Wenn die Betriebsleitung leistungsfähige Leute wieder haben will, wird sie von ihrem unnahbaren Thron herabsteigen und mit den Streikenden verhandeln müssen.

Nach unerledigt ist auch der Streik auf der chemischen Fabrik von Engelle in Halle. Den besonderen Anstrengungen, die hier zur Erlangung von Ertrag gemacht, werden die Kollegen die gebührende Beachtung schenken.

Brandis. Der Abwehrzeit der Steinarbeiter bei der Firma Bruno Preiser in Kleinfeinberg ist erfolgreich beendet. Damit ist ein elendlicher Lohnkampf zum Abschluß gekommen, der

auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt wurde. Herr Preiser kündigte am 21. April sämtlichen Schrottern und meiste den Hoffzieren zu, die seine selbst zu schrotten, entgegen den Abmachungen, die im Jahre zuvor getroffen worden waren. Daraufhin legten sämtliche Arbeiter die Arbeit am 30. April nieder. Diese Arbeitsniederlegung streifte nun Herr Preiser zum Kontraktbruch, weil die achtstägige Kündigungsfrist nicht eingehalten war. Der rückständige Lohn wurde nicht ausbezahlt, aber ausländische Arbeiter in Massen importiert. Eigens für Herrn Preiser tätige Agenten waren in Döhlen, ununterbrochen trafen Arbeitswillige ein, die tüchtigen Kräfte darunter reisten natürlich sofort wieder ab und nur sehr jagwürdige Kräfte blieben. Herr Preiser scheint aber doch nun zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß eine bodenständige Industrie ohne einen festen Stamm von Arbeitern nicht bestehen kann. Nach einigen Unterhandlungen, die resultatlos verliefen, weil Herr Preiser die Arbeitsbedingungen noch verschlechtern wollte, vor allen Dingen den Arbeitern die Schmiebschäfte wieder aufhaken wollte, lenkte er ein und möchte gerne seine 103 alten Arbeiter wieder haben, die natürlich bei der günstigen Konjunktur im Steingewerbe anderweit Unterkunft gefunden haben. Die ganzen den Arbeitern zugemuteten Verschlechterungen konnte Herr Preiser also nicht durchführen und ist das viele Geld für die fremden Arbeitskräfte hinausgeworfen. Die Streikenden mußten allerdings darauf verzichten, weitere Verbesserungen durchzuführen.

Breslau. Auf der Zement- und Gipsfabrik Gebr. Sohn, Deutsch-Bissa, sind für 30 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen die Löhne um 1 Mark 20 Pf. pro Woche erhöht worden, außerdem ein Lohnaufschlag von 10 Prozent für Ueberstunden. Die Einrichtung eines Gb- und Anleideraumes ist zugestanden worden.

Magdeburg. Eine Bewegung auf den Metallwerken von Obers ist mit einem teilweisen Erfolg für die dort beschäftigten Kollegen beendet worden. Die Mehrzahl der Kollegen hat eine Zulage von 1 Pf. und die übrigen eine solche von 2 und 3 Pf. pro Stunde erhalten. Mit der im Frühjahr erfolgten Aufbesserung entfallen im Durchschnitt auf pro Mann und Stunde 2 Pf. Der Aufschlag der Ueberstunden ist von 5 auf 6 Pf. erhöht. Außerdem ist noch erreicht, daß die Lohnzahlung freitags erfolgt. Die Befestigung verschiedener Mischstände hat die Direktion versprochen.

Magdeburg. Streik auf der Kerp-Grünwerk. Am Sonnabend haben aus der Behmformerei, Eisen- und Mangergießerei des Krupp-Grünwerks ca. 250 Mann, die dort zumeist als Hilfsarbeiter, zum Teil als Kugelmacher und Kernmacher beschäftigt sind, die Arbeit niedergelegt. Seit Monaten haben die Leute versucht, für ihre schwere und gefährliche, ferner aber auch außerordentlich gesundheitschädliche Arbeit einen höheren Lohn zu erhalten. Wir können feststellen, daß, abgesehen von einigen Werksstellen — wir nennen da besonders Schmiede und Refektorien —, die Betriebsleitungen versucht haben, die Berufsarbeiter zufriedenzustellen. Das hat denn auch dazu beigetragen, daß das ganze Jahr hindurch kaum irgendwo ernsthaftere Differenzen entstanden sind. Die Lohnfrage der Hilfsarbeiter ist aber ungelöst geblieben. Sie fangen immer noch mit 3 Mark an und erhalten dann nach mehreren Wochen 3,25 Mark. Unter 21 Jahre alte Arbeiter speist man gar mit 2,75, 2,50, 2,25, 2 und 1,75 Mark ab. Dasselbe ist der Fall mit den Kernmachern. Während andere Gießereien nicht unter 40 Pf. zahlen, zum Teil bis an 60 Pf. herangehen, bleiben hier die Kernmacher durchweg unter 40 Pf., ja die Löhne gehen auch bis unter 30 Pf. herab. Die Kugelmacher bekommen zu ihrem Lohn eine Zulage von 50 Pf., wenn sie das Penjum schaffen; in den letzten Wochen ist dieser Aufschlag auf 75 Pf. erhöht worden. Das Penjum ist mit der Zeit immer höher gestiegen, der Flaß, wo die Leute arbeiten, immer mehr eingeschränkt worden, so daß auch hier die Unzulriedenheit immer größer geworden ist. Am Sonnabend, den 21. Juli, morgens, wurden einer Anzahl Leute dann auch noch ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht, so daß circa 10 bis 12 Mann ihre Entlassung nahmen. Das ist kein seltener Vorgang. Die Gießereien sind Laubenschläge geworden. Jeden Morgen fangen 5 bis 10 Mann an und ebenjohel und mehr hören wieder auf. Fehlen doch 80 bis 100 Hilfsarbeiter in den Gießereien des Grünwerks, deren Arbeit von den andern mit eingearbeitet werden muß. Am Sonnabend führten die Entlassungen aber zum Aufrühr in der Gießerei. Am Abend vorher war Lohnzahlung gewesen, bei welcher die Mehrzahl der Leute auf Zulage gerechnet hatte, welche einige Tage vorher einer Kommission durch den Betriebsingenieur Hennig versprochen worden war. Doch es war wieder nichts. Wie zum Lohn wurde eine winzige Zahl Arbeiter mit 25 Pf. Zulage bedacht, doch selbst solche waren ohne Zulage geblieben, die schon mehr als zwei Jahre in der Gießerei beschäftigt waren. Die Empörung war groß. Der geringste Anstoß mußte zur Arbeitsniederlegung führen. Es wurde versucht, sie davon zurückzufallen, zum mindesten vorher mit der Betriebsleitung noch einmal eine Verständigung zu versuchen. Das geschah. Doch wurde der Kommission gegenüber einfach das vorher Versprochene zurückgenommen. Beim Bekanntwerden dieses Resultats gingen die Leute aus dem Betrieb heraus. Um aber der Betriebsleitung Gelegenheit zu geben, den ausgebrochenen Konflikt zu beenden, wurde eine Kommission am Nachmittag vorstellig, jedoch auf Montagvormittag 10 Uhr bestellt.

München. Erfolge der Organisation: Die Kollegen der Lederfabrik Wiederlein waren gezwungen, nachdem ihre Forderung von seiten der Firma abgelehnt wurden, in den Streik zu treten. Trotzdem die christlich organisierten Arbeiter Streikbrecher machten und von den leider unorganisierten Arbeitern nicht anders zu erwarten war, haben unsere Kollegen den Sieg nach dreiwöchentlichem Kampfe davongetragen. Am Einigungsamt wurde mit der Organisation auf die Dauer von 2 Jahren ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Kollegen bedeutende Vorteile bringt. In Betracht kommen 95 Kollegen. Ohne Kampf hat die Organisation mit der Firma Weissenhof (Gautlager) einen Vertrag geschlossen, wo die Löhne folgendermaßen festgelegt wurden: Der Anfangslohn beträgt 20 Mk. nach 1/2 Jahr 21 Mk., nach 1 Jahr 22 Mk., nach 1 1/2 Jahr 24,50 Mk. pro Woche. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird anerkannt. Außerdem wird 5 Minuten Sackzeit gewährt und die Mittagspause verlängert. Die Kollegen der Guldener Motorenfabrik haben nach 1 1/2 tägigem Streik ihre Forderungen bewilligt erhalten. Es ist dies hauptsächlich ihrer Geschlossenheit und Einigkeit zu verdanken. 80 Prozent der Streikenden erhielten einen Stundenlohn von 35 Pf., 20 Prozent einen solchen von 39 Pf. pro Stunde. Mögen die Kollegen überall so geschlossen und einmütig vorgehen, so werden wir weitere Siege erringen.

Schwabach. Die Arbeiter der Firma Weigant, Bronze- fabrik, wünschten eine 1/4 stündliche Vesperpause, welche von Herrn Weigant mit dem Bemerkten abgelehnt wurde: „Wenn es nicht paßt, kann gehen.“ Daraufhin wurde die Verwaltung unserer Zählstelle vorstellig und wurde nachherbees erreicht:

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1906.

Ganz	Zahl- stellen	Mitgliederzahl:			Zunahme gegen das 1. Quartal 1906	Arbeitslose Mitglieder (unterstützte und nicht-unterstützte)			Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)													
		am Schlusse des Quartals				(unterstützte und nicht-unterstützte)			a) am Orte				b) auf der Reise									
		männl.	weibl.	zusammen		männl.	weibl.	zus.	männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark	männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark		
1.	98	23 043	2 084	24 127	5 816	270	18	288	196	2 415	2 961	8	134	107	198	395	395	—	—	—	—	
2.	90	15 725	1 660	17 385	3 020	340	48	388	157	2 275	2 790	3	25	15	7	16	16	—	—	—	—	
3.	43	12 628	968	13 596	1 916	400	14	414	108	1 349	1 472	4	38	21	80	241	241	—	—	—	—	
4.	36	5 413	184	5 597	629	95	2	97	40	556	757	1	12	6	8	37	37	—	—	—	—	
5.	24	7 785	2 395	10 180	1 332	200	77	277	138	2 958	2 417	70	1382	695	26	108	134	—	—	—	—	
6.	30	4 397	329	4 726	1 560	29	—	29	16	169	189	—	—	—	30	79	79	—	—	—	—	
7.	38	9 692	411	10 103	1 767	30	6	36	24	257	263	—	—	—	11	32	22	—	—	—	—	
8.	55	7 621	562	8 183	1 306	99	21	120	17	204	235	—	—	—	14	49	135	135	—	—	—	
9.	16	1 939	115	2 054	478	8	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
10.	75	21 172	1 981	23 153	2 962	450	30	480	217	2 217	2 806	32	489	296	250	613	617	1	1	1	1	
Einzelmitglieder	—	85	—	85	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		505	106 500	10 689	119 189	20 803	1 921	216	2 137	918	12 400	13 510	122	2 142	1 171	659	1 651	1 674	1	1	1	1

1. Arbeitstag für Montag früh 7 Uhr bis abends 5 Uhr mit 1/2 Stunde Pausen. Die anderen Tage von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit je einer halben Stunde Pause früh und nachmittags. Sonnabend von 6 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

2. Wochenlohn für Anfänger bisher 15 bis 16 Mark, jetzt 18 Mark, steigt in 6 Wochen auf 20 Mark, in einem Vierteljahr auf 21 Mark (bisher Höchstlohn 19 Mark) ohne Abzug von Wochenfeiertagen, Kranken- und Invalidengeld.

3. Errichtung eines Wasch- und Ankleideraumes.

Gewiss ein schöner Sieg, darum auf Kollegen, haltet fest zu eurer Organisation! Agitiert, um neue Mitglieder zu gewinnen, dann werden auch überall andere Verhältnisse eintreten und eure Lebenslage wird eine bessere werden.

Schönebeck. Auf der Holzhandlung, Hobelei und Dampfzettelerei Julius Mann haben unsere Kollegen den Abschluss eines Tarifvertrages erreicht, der Lohnverhältnissen von 10 bis 20 Prozent vorzieht, außerdem ist die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt.

Korrespondenzen.

Bautzen. Am Sonnabend, den 21. Juli, tagte in Büttners Restaurant eine öffentliche Versammlung, die hätte besser von den Mitgliedern besucht sein können; hielten es doch einige nicht der Mühe wert, trotzdem sie im Lokale anwesend waren, im Versammlungsraum zu erscheinen. Gauleiter Kollege Gustav Neuring-Dresden referierte über: „Welche Aufgaben haben der gewerkschaftlichen Organisation.“ In einstündiger, oft von Beifall unterbrochener Rede führte der Kollege Neuring den Anwesenden den hohen Wert und die Aufgaben der Gewerkschaften vor Augen und betonte, daß, wenn die Arbeiter ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollten, sie sich der Organisation anschließen müßten. Redner kam auf die Unterernährung und die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und die mangelnde Fürsorge in der Kindererziehung zu sprechen. Wenn die Frau noch mehr als der Mann geplagt ist, wenn sie von früh bis spät mit arbeiten muß, wo soll die Hauslichkeit und Kindererziehung von der Frau befragt werden; dieselbe ist froh, wenn sie dann ihre harte Lagerstätte aufsuchen kann. Dies sind für den denkenden Arbeiter alles bekannte Tatsachen. Es ist notwendig, daß die Arbeiter sich dem Weg beschreiten, der ihr von der Organisation gestiegen wird, um Einsitz auf die Gestaltung der Lebenshaltung der wirtschaftlich Schwachen zu erlangen, nämlich die Schaffung und mögliche Stärkung der Arbeiterorganisation. Die Versammlung war eigentlich dazu einzuuberufen, den Arbeitern in der Seidauer Papierfabrik und Ziegeleien Gelegenheit zu geben, sich zu organisieren, denn nötig haben sie es wahrhaftig. In den Papierfabriken gibt es einen Stundenlohn von 16 bis 22 Pf., und die Ziegeleiarbeiter erhalten auch nicht viel mehr. Hier bedarf es einer regen Agitation, um diese für die Organisation zu gewinnen.

Coswig. Die Mitgliederversammlung, welche am Sonnabend, den 21. Juli, tagte, war leidlich besucht. Dieselbe beschloß, für 200 Mark Anteile bei der demnächst zu begründenden Volkshausgenossenschaft zu erwerben. Im 2. Quartal d. J. wurden 178,60 Mk. Krankengeld an kranke Mitglieder und 12 Mk. Notfallunterstützung ausgezahlt. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 410. Unter Verschiedenes wurde die Maßregelung unseres Hilfskammerers Vater einer scharfen Kritik unterzogen. Von verschiedenen sich an der Debatte beteiligenden Kollegen wurde die Meinung vertreten, da man jetzt kurzer Zeit zwei Kollegen, denen man in der Arbeit absolut nicht beikommen könne, nur wegen ihrer organisatorischen Tätigkeit auf Pfahle geworfen habe, müsse man die Organisationsfreundschaft dieses Herrn einmal öffentlich feststellen. Der Herr meint, durch solche Entlassungen die Arbeiter „organisationsfurcht“ zu machen. Da tritt er sich gewaltig, wie ihm ja die Ansicherungen zeigen werden, die immer nur zu einer größeren Ausdehnung der Organisation führten. Die Überzeugung, daß ein Arbeiter ohne Organisation nicht sein kann, erfährt immer weitere Kreise. Besonders die tüchtigen und intelligenten Arbeiter sind von dieser Überzeugung durchdrungen. Ein Unternehmer, der organisierte Arbeiter wegen der Organisation entläßt, erreicht nur, daß intelligente leistungsfähige Arbeiter ihm ihre Arbeitskraft nicht anbieten, denn diese wollen sich das Vereinigungsrecht nicht rauben lassen.

Düsseldorf. Eine öffentliche Versammlung tagte am 22. Juli in Mattingen. Arbeiterleiter Fischer hatte das Referat übernommen; er legte Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation dar und kritisierte die dortigen Arbeitsverhältnisse sowie die erbärmlichen Löhne, die eine fortgesetzte Unterernährung der Arbeiterfamilien bedingen. Dies zwinge die Frau zur Mitarbeit, was wieder zur Vernachlässigung des Haushalts und der Pflege der Kinder führe. Redner führte eine Reihe drastischer Beispiele aus dem Leben der Stadt- und Landarbeiter zum Beleg seiner Ausführungen an und schloß mit einem Appell an die Arbeiter, sich Mann für Mann dem Verbande der für sie maßgebend sei, anzuschließen; dies sei aber der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen. Nur durch eine solche Entwicklung der Organisation könnten bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, nur eine starke Organisation vermöge dem Arbeiter des Kapitals entgegenzutreten. Der Vortrag fand großen Beifall. Nachdem sich noch mehrere Kollegen an der Diskussion beteiligten, die sich alle im Sinne des Redners ausdrückten, wurde Anschlag an die Zahlstelle Düsseldorf beschlossen.

Eintracht. Am 14. Juli tagte unsere Versammlung. Es mußten zunächst einige Ergänzungswahlen vorgenommen werden. Dann wurde die Abrechnung abgenommen. Alsdann berichtete Kollege Lohmann vom Kartell und von der Gauleitung in Magdeburg in ausführlicher Weise und bedauert, daß die Arbeiterklasse in Eintracht sich nicht besser an der Organisation beteilige. Die Verhältnisse seien doch wohl derart, daß je jeden Arbeiter zur Organisation treiben müßten, und auch die Beispiele von Nachbarorten, in denen die Arbeiter sich besser organisierten, müßten zur Nachahmung anspornen.

Freiburg i. B. Am Sonntag, den 13. Juli, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Gauleiter Körner über Zweck und Nutzen der Organisation und die wirtschaftliche Lage der Papierfabrikarbeiter referierte. Die Versammlung war von 50-60 Personen besucht, wovon sich 10 Kollegen und 2 Kolleginnen in den Verband angeschlossen haben. Am Orte waren schon 17 Mitglieder des Verbandes, so daß ein Verband von 29 Mitgliedern vorhanden war. Am 22. Juli tagte hierauf die erste Mitgliederversammlung im Restaurant „Lokal“, in welcher wieder 2 Mitglieder aufgenommen wurden, worauf der Kartellvorsitzende Christianen einen Vortrag über die Rechte und Pflichten eines organisierten Arbeiters in versäender Weise hielt. Mit der Leitung der Zahlstelle wurde dem Kollegen Dambacher weiter betraut, von weiteren Zahlen wurde vorläufig Abstand genommen; weiter wurde der Anschlag an das Kartell beschlossen und zwei Kollegen als Vertreter gewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung damit mit dem Wunsche, daß jedes Mitglied sein Möglichstes zur baldigen Verhängung der Zahlstelle tun möge.

Solis. Mit Hilfe anderer Organisationen wurde in unserem Orte am 1. April eine Zahlstelle gegründet. Gewisse Kreise referierte über: „Zweck und Nutzen unseres Verbandes“. Die trefflichen Ausführungen waren von Erfolg und ließen sich 10 Kollegen in den Verband anschließen. Somit war die Zahlstelle gegründet und die Leitung wurde dem Gewissen Kreutz übergeben. Eine zweite Versammlung tagte am 13. Mai, auch hier hielt Gewisse Kreutz einen Vortrag über das Thema: „Dann organisiert wir uns?“ Nachdem Redner die Zusammenfassung und Unterbrechung der Arbeiter geschildert, forderte er die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten; auch hier blieb der Erfolg nicht aus. Zum dritten Male hatten wir uns zu einer Versammlung am 14. Juli zusammengefunden, in welcher Gewisse Kreutz über: „Dann organisiert wir uns?“ referierte. Redner war der Ansicht, wenn auch nicht jeder einzelne ist, von einer wirklichen Versammlung zu sprechen, so kann und muß er doch, nachdem er von der Organisation durchdrungen ist, unter seinen Arbeitskollegen für den Beitritt in den Verband agitieren. Redner forderte Redner auf, aus den Kreislagen-Verträgen auszuweichen und sich dem Verbande mehr zu widmen. Denn würde die Abrechnung vorgelegt. Unter Verschiedenes wurde das Verlangen des Herrn Kreutz nach dem von der Leipziger Schmeißer-Verband, einer längeren Unterbrechung unterzogen. Hier führte Gewisse Kreutz an, daß nachdem die organisierten Kollegen einsehen

wären, unbedingt wieder besucht werden müßte, die sämtlichen dort beschäftigten Arbeiter der Organisation zuzuführen. Jeder Kollege müsse hier seinen Mann stehen und für seine Organisation streben und nicht eher nachlassen, bis der letzte Mann dem Verbande beigetreten sei.

Stöckelsdorf. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde der Bericht von der Gauleitung in Hamburg erstattet. In der Debatte über die Punkte Agitation und Organisation wurde von den meisten Rednern auf den Kartellvertrag mit den Bauarbeitern hingewiesen. In früheren Jahren gehörten die ungelerten Arbeiter zu keinem bestimmten Verbande und keiner wollte sie haben und so bildete sich unser Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Nach dem Referat des Gauleiters sollen ungelerte Hilfsarbeiter in Hamburg auf Werften nicht mehr zu uns gehören, sondern sich dem in Frage kommenden Verufe anschließen. Unser Agitationsfeld wird hierdurch auf einigen Stellen gänzlich lahm gelegt und viele Zahlstellen auseinandergerissen. Es sollen Kollegen, wenn sie drei Monate in einem Beruf beschäftigt sind, sich diesem anschließen und so immer von einer Organisation zur anderen wandern. Wenn man nun bedenkt, daß alte Mitglieder, die jahrelang bei uns sind und alle Rechte erworben, nach einer andern überwandern sollen, da werden unsere Kollegen sich weigern, ihre Rechte zu verlieren, abzutreten. Wir haben das Feld gegeben und große Opfer dafür gebracht und nun soll eine ganze Umgestaltung in der Organisation erfolgen. Das wird auf Schwierigkeiten stoßen und eine bestimmte Grenze doch nicht gezogen sein. Es würde zweckentfremdend sein, die ungelerten Arbeiter alle in einem Verband zusammen zu tun und in Sektionen einzuteilen, dann würde viel Geld gespart und eine starke leistungsfähige Organisation daraus entstehen.

Gau 8.

Am 14. und 15. Juli tagte unsere Konferenz in Köstheim im „Gutenberg“. Vertreten waren 34 Zahlstellen durch 53 Delegierte, 19 Zahlstellen waren nicht vertreten. Die Bureauwahl hatte folgendes Ergebnis: Knöchel-Dresden, Molmaier-Köstheim, Vorsitzende, und Neufurth-Mainz, Schriftführer. Die Geschäftsordnung wurde in jetziger Weise beibehalten. Den Bericht des Gauvorstandes gab Gauleiter Knöchel, indem er folgendes ausführte: In der Berichtszeit (vom 1. Januar 1906 bis 31. März 1906) wurden arrangiert und abgehalten 147 öffentliche Versammlungen, 193 Betriebsversammlungen und 68 Besprechungen mit den Ortsverwaltungen; durchweg war der Besuch ein guter zu nennen, was auf gute Vorbereitungen schließen läßt. Zu diesem Zwecke waren 43 000 Einladungen und 800 Plakate an die einzelnen Orte versandt worden. Es gelang in der Berichtszeit, 10 neue Zahlstellen zu gründen, so daß wir deren 53 im Gau haben; außerdem sind in 82 weiteren Orten Mitglieder unseres Verbandes vorhanden. Die Mitgliederzahl stieg (einschließlich der weiblichen) von 3468 auf 7600, mithin eine Zunahme von 4132 oder 113 Proz. Die Mehrzahl dieser Neuaufnahmen rekrutieren sich aus der chemischen Industrie, einer Kategorie von Arbeitern, denen das Klassenbewußtsein bisher gänzlich mangelte. Im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen waren 13 Lohnbewegungen zu verzeichnen, wovon bei 7 die letzte Waffe, der Streik, angewendet werden mußte; hieran waren 208 Kollegen beteiligt, und erhielten dieselben für 1794 Wochen 24 952,15 Mark Streikunterstützung. Von den 13 Lohnbewegungen endeten 7 mit und 6 ohne Erfolg. Bei diesem Dinge sowohl für den Ausbau der Organisation als auch für die Verbesserung der Lebenslage wurden 42 Kollegen brutal aufs Pfahle geworfen und erhielten sie für 147 Wochen 1561,06 Mk. Genarragelten-Unterstützung. Von seiten des Gauvorstandes wurde die Gewerbeinspektion 11 mal gerufen; außerdem wurden 37 Schriftstücke an verschiedene Körperschaften (Berufsvereinigungen, Gewerbevereine u. a.) ausgegeben. Der schriftliche Verkehr war ebenfalls sehr reg. Es gingen ein 681 Briefe und Postkarten, 17 Pakete und 34 Telegramme; abgehandelt wurden 831 Briefe und Postkarten, 85 Pakete, 18 Telegramme und 240 Drucksachen. Den Kassenbericht gab Aulbach-Dresden. Demselben zufolge steht einer Einnahme von 2030,81 Mk. eine Ausgabe von 1810,40 Mk. gegenüber. Der Kassenbestand betrug am 31. März 1906 220,41 Mk. In den gesamten Bericht schloß sich eine ausgeglichene Debatte. Wenn auch einzelne Delegierte mehr Berücksichtigung ihrer Zahlstelle gewünscht hätten, was in Anbetracht der vielen Arbeiten und der zu großen Ausdehnung unseres Gaus nicht möglich war, so gab man sich doch mit der Tätigkeit des Gauvorstandes im allgemeinen zufrieden. Ganz besonders konzentrierte sich die Tätigkeit des Gauleiters nach dem dunklen Teile unseres Gaus und hier ist besonders Schweinfurt, das seine ganze Kraft in Anspruch nahm. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: „Welche Taktik schlagen wir ein bei der Agitation, bei Lohnbewegungen und Streiks“, referierte Gauleiter Knöchel. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Agitation sich mehr auf die für uns bestimmten Berufsgruppen beschränken müsse und alle Kollegen, für welche andere Verbände zuständig, soweit irgend möglich, jezen zu überweisen sind. Bei allen Lohnbewegungen müsse mehr Schwierigkeiten beharrt werden, damit das Unternehmertum nicht allzusehr von den gestrigen Beschlüssen unterrichtet sei und mehr vor vollendeten Tatsachen stehe. Bevor ein Streik beschloß würde, soll nichts unverricht gelassen werden, welches zur friedlichen Lösung der strittigen Punkte führen könnte; sei aber ein Streik unvermeidlich, so müsse sich mehr an das Streikreglement gehalten werden. Es müsse in Zukunft mehr darauf gesehen werden, daß die Kollegen längere Zeit organisiert seien, denn erfahrungsgemäß lehrt nach der Lohnbewegung ein Teil der kurz vorher organisierten dem Verbande den Rücken. Köhler-Frankfurt unterrichtete und ergänzte diese Ausführungen weitgehend. Besonders hält er es für notwendig, mehr Aufmerksamkeit in die entlegensten Teile unseres Gaus zu tragen, damit bei Lohnkämpfen die Unternehmer keine Reflektoren zur Verfügung haben, die sie eventuell als Streikbrecher heranziehen könnten. Hahn-Weichenheim kritisierte scharf die sogenannten Wohlhabensleistungen in der chemischen Industrie, als da sind Arbeiterwohnungen, auch ganze Häuser, Geschenke u. a., die den Arbeiter nur um so fester an die Scholle festhalten. Allgemein wurde es für vorteilhaft gehalten, daß Zahlstellen, die um Industriezentren liegen, sich verschmelzen sollten, um so die Möglichkeit herbeizuführen, besoldete Geschäftsführer anzustellen, die dann unabhängig ihre ganze Kraft im Interesse der Organisation verwenden können. Zum zweiten Punkt: „Verbandsdag in Leipzig“, sprach Köhler-Frankfurt. Redner wünschte, der Verbandsdag würde die Karenzzeit bei Streikunterstützung auf 26 Wochen anheben. Die von Berlin vorgeschlagene Staffelung der Beiträge für die Landarbeiter sind ihm unannehmlich, denn hier gelten gleiche Rechte, folglich auch gleiche Pflichten; dagegen empfiehlte er die Anstellung eines Beamten, der lediglich unter den Landarbeitern agitieren möge, genau wie es für die Ziegeleiarbeiter vorgehien ist. Ganz besonders sei die „Maifeier“ eingehender zu erörtern. Weiter beschloß er sich noch mit der Umgestaltung des Verbandsorgans „Proletarier“, für deren Durchführung er lebhaft eintrat. Vorgesprachener Zeit wegen wurde eine Diskussion zu diesem Punkte nicht beliebt. Die nächste Gaukonferenz ist in Worms.

Verbandsnachrichten.

Som 17. Juli ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Guben II 16,27. Köpferberg 164,76. Effen a. R. 171,36. Oberberg 124,25. Charlottenberg 235,96. Zegel 379,68. Dggersheim 315,56. Gransee 203,52. Vansenburg (Elbe) 201,12. Alten 215,80. Gräfenhainichen 14,34. Straßburg i. E. 50,--. Dären 18,36. GutsMuths 276,70. Eizen 126,08. Schifferstadt 197,02. Schandau 34,45. Straßmünd 64,58. Zell 34,80. Wittenberg 270,--. Dresden 800,--. Thale a. S. 350,--. Wittenberg 211,51. Eisenberg 459,08. Buchstädt 12,28. Wandau 197,18. Gochdorf 102,38. Göttingen 190,52. Nies a. R. 92,24. Frankenf. 62,52. Rombach 70,68. Pabitz --30. Döhring 109,25. Kolberg 76,02. Striepen 394,38. Ludwigsberg 3618,96. Greppin 344,80. Homeln 149,70. Ronitz 130,94. Rietzberg 329,15. Egelshaus 122,88. Stöckelsdorf 116,28. Rietz 102,30. Hüttenrude 101,90. Schönebeck 90,66. Arnstedt 22,05. Schönebeck 15,--. Schwering 342,76. Lobau 106,90. Hettstedt 92,80. Bergeborf 1007,25. Reichenhalsen 238,02. Bietz 216,82. Wittenberg 211,50. Schöps 159,68. Oberhainichen 72,06. Haffelbe 20,02. Guben 84,0. Ludwigsberg

1,80. Seelze 1055,52. Stettin 1778,87. Königshütte 180,80. St. Angbert 10,50. Neufeld 425,72. Ratene 180,96. Rielleben 106,62. Stolp 168,50. Jena 46,76. Friedland (Bez. D. jurisd.) 100,--. Pasing 348,58. Süder 208,39. Rabeburg 210,12. Sonderburg 228,33. Drantenburg 263,50. Ubershof 548,58. Oberlogau 92,04. Haugen 82,68. Eggefin 57,60. Brieg 66,42. Ulfen 4,70. Sebnitz 109,94. Glöckstadt 374,46. Lübbene 418,06. Pforzheim 180,38. Biernheim 612,90. Eichershausen 145,76. Wöcherleben 232,41. Calbe 324,20. Osterheim 124,16. Buchholz 66,46. Wallstadt 56,50. Gebelsberg 6,56. Berlin 29,90. Kaiserlautern 1,20. Kassel 795,06. Gardschhausen 136,18. Königstein (Elbe) 71,04. Bromberg 44,51. Kassel 10,--. Heubach 10,--. Caputh 236,80. Düsseldorf 150,--. Neumünster 620,75. Biere 120,--. Raguhn 47,25. Göttingen 54,90. Plausischer Grund 1075,05. Lampertheim 817,10. Lauffen a. N. 397,44. Bilitz 130,60. Pirsberg i. S. 71,62. Gonenheim 47,16. Ammendorf 369,32. Mainz 297,59. Würzburg 207,26. Breslau 202,15. Leisnig 100,18. Moschendorf 60,--. Ermsleben 11,20. Wandöbel 157,33. Seilbrunn 655,80. Kolbemoor 500,--. Kallberge 176,06. Rotherburg o. T. 70,--. Danzig 8,06. Dresden 800,--. Plausischer Grund 800,--. Feuerbach 276,74. Altona 1000,--. Jhehoe 438,21. Gr.-Salze 243,--. Sulzbach 49,--. Neustadt i. S. 43,08. Poren 214,66. Heddesheim 199,35. Langenfelde 141,86. Jaguid 100,--. Kassel 78,90. Erbenheim 36,98. Dösch 48,78. Ebing 49,64. Rattowitz 120,--. Mutterstadt 410,07. Speyer 500,--. Langelsheim 166,72. Weucha 195,50. Bremen 600,--. Siegen 194,42. Mönchdorf 126,90. Mundenheim 553,20. Barmfeld 201,42. Thale a. S. 251,30. Wilmwader 213,10. Wolfenbüttel 135,40. Langenhorn 34,26. Strelitz 22,56. Zauer 23,60. Blauen i. R. 50,26. Stettin 38,20. Schönebeck 1,10. Osterwieck 219,49.

Schluss: Montag, 30. Juli, mittags 12 U. Berichtigung. In Nr. 15 muß es heißen: Welsleben 58,25, nicht Schönebeck. Dietzheim 206,98, nicht Haffelheim.

Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten:

Zahlstelle Wismar. Männliche Mitglieder 10 Pf., weibliche Mitglieder 5 Pf.

Verzinsung und für ungültig erklärte Bücher.
B.-N. 11 804, ausgestellt auf den Namen Karl Gauger. Das Buch Nr. 18 661, auf den Namen W. Bruchhäuser lautend, ist von einem Georg Meh, geb. am 29. November 1888, gestohlen worden. Bei Vorzeigen zur Erlangung von Unterstutzung ist das Buch anzuhalten, der Vorzeiger aber der Polizei zu übergeben.
B.-N. 163 427, ausgestellt auf den Namen Fritz Garbelmann aus Lübborf.
B.-N. 41 426, ausgestellt am 21. Juni 1903 auf den Namen Bernhard Mielke aus Schwedt.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Döbeln. Herrn Meiner, Töpfergasse 8.
Eisenberg S.-A. Heinrich Wirth, Kaiser Wilhelmstraße 23.
Erfurt. Emil Knop, Blücherstr. 17.
Freiburg i. B. Vertrauensmann ist W. Dambacher, Konviktstraße 51, welcher auch das Mitglied von 12-1 und 6 1/2-7 1/2 Uhr ausübt. Das Versammlungslokal ist im Restaurant „Hollental“, Talstraße, die Herberge in der Zentralherberge zur „Älterhalle“, Belfortstraße.

Glauchau. 1. Bevollmächtigter Max Otto, Turnerstraße 11.
Guben. (Gau 3.) B. Schlemm, Gernersdorf bei Guben, Nr. 9.

Lauf. Fritz Gröschel, Voosbrüderstr. 184, 2. Et.
Mannheim. Bureau 73, 17.
Nied. Max Brzozowski, Frankfurterstraße 15.
Ober-Saale. Max Radloff, Nr. 70.
Oderberg (Marl). August Döll, Kiefernstraße 70.
Schildesche. (Gau 9.) Wilh. Trejler, Bauerstraße 110.
Schönebeck. (Gau 2.) Emil Hänel, Oberstr. 440 d.
Waltheim. Erwerbslosenunterstützung wird ausbezahlt Freitag von 7-8 Uhr bei Kollegen Eichenhorn, Gartenstraße 2.
Zeitz. Oskar Hedel, Geraerstraße 7.

Eingegangene Zahlstellen.

Bresfeld, Osterode und Söderbarup.

Briefkasten.

Kollege Braun a u n, B.-Nr. 101 536, wird aufgefordert, die beiden der Bibliothek zu Eplingen entlehnten Bücher sofort zurückzugeben.

Inserate.

Zahlstelle Bautzen.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von nun an jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale des Herrn Karl Büttner statt. Die erste Versammlung wird am 12. August, vormittags 10 Uhr, abgehalten. Verbandsbücher sind mitzubringen.
Die Mitglieder von Singwitz u. Umgegend sind hierzu eingeladen.
1,35 A. Der Bevollmächtigte.

Zahlstelle Dittersbach.

Sonntag, den 5. August 1906, vormittags 11 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Saale des Gasthauses „Zur Krone“, Altwasser. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.
1,20 A. Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Kleinröhrbach.

Sonntag, den 5. August 1906, nachmittags 2 1/2 Uhr: General-Versammlung im Lokale von Karl Kessler zu Battenberg. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind unbedingt mitzubringen.
1,65 A. Der erste Bevollmächtigte.

Zahlstelle Zegel und Umgegend.

Sonnabend, den 11. August 1906, im „Zegeler Sechshöfen“ (Zugl.: Julius Klippenstein):

Gr. Sommernachts-Ball.

Um 12 Uhr: Kaffeepause. Gondouren.
Sonntag früh um 5 Uhr: Dampferpartie auf dem Zegeler See mit dem Salondampfer „Sophie Charlotte“. Billetts sind bei sämtlichen Gaststätten zu haben. Um zahlreiche Beteiligung bittet. Das Komitee. NB. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen.
1,20 A.

Zahlstelle Wittenberge.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden jeden Donnerstag vor dem 15. eines jeden Monats, abends 8 Uhr, in der „Zentral-Halle“ statt. Nächste Versammlung Donnerstag, den 9. August. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Wittenberge.

Sonnabend, 4. August, abends 8 Uhr, in der „Zentral-Halle“: Diesjähriges Stiftungs-Fest bestehend in Konzert, Gesangs- u. humoristischen Vorträgen und Ball, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Kriem“. Das Komitee. 1,20 A.

Zahlstelle Zwickau.

Die Mitglieder-Versammlungen tagen regelmäßig jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr. Scharfer Besuch der Versammlungen ist erwünscht. Der Bevollmächtigte. 0,75 A.

Anträge zum achten Verbandstag.

Statut.

§ 3.

Der Vorstand. Hinter den Worten „das 16. Lebensjahr zurückgelegt“ ist einzuschalten „und dürfen das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben“.

§ 6.

Wandsberg. Einführung eines dreiklassigen Beitrages: erste Klasse 50 Pf., zweite Klasse 40 Pf., dritte Klasse 25 Pf. Zur ersten Klasse zahlen alle Kollegen, welche einen Durchschnittsverdienst von 18 M. pro Woche haben.

Zur zweiten Klasse zahlen alle Mitglieder, die unter 18 M. Verdienst haben.

In der dritten Klasse alle Kolleginnen und solche Kollegen, welche unter 12 M. verdienen.

Als Gegenleistung erhalten die zur ersten Klasse steuernden Mitglieder bei Streiks und Erwerbslosigkeit 2 M. pro Woche mehr.

In der zweiten Klasse bleibt die seitherige Unterstützung bestehen.

In der dritten Klasse gelten die seitherigen für weibliche Mitglieder gezahlten Sätze.

§ 6. Absatz 1.

Der Vorstand. Jedes eintretende Mitglied hat 30 Pfennige Eintrittsgeld zu entrichten; Quittungsbücher, welche zu gleicher Zeit als Mitglieds- Legitimation dienen, liefert der Verband mit einem Umschlag und bleiben Verbands-Eigentum.

Abf. 3.

Der Vorstand. Der Beitrag beträgt pro Woche 50 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder.

Abf. 4.

Der Vorstand. Vorstand und Ausschuss haben das Recht, wenn an die Verbandskasse außerordentliche Anforderungen gestellt werden, eine Extrasteuer auszusprechen. Nichtleistung dieses Extrabeitrages ist in die in § 7 aufgeführten Ausschlussgründe einzureihen.

§ 12. Absatz 5.

Hamburg. Die Gehälter der vom Verbandsvorstande zu bestätigenden Beamten werden nach den Anstellungsbedingungen des Vereins Arbeiterpresse geregelt. Die Befolgung der anzustellenden Hilfskräfte bleibt den einzelnen Zahlstellen überlassen.

Frankfurt a. Main. Zur Anstellung von Gauleitern und sonstigen Verbandsbeamten, mit Ausnahme der Zahlstellenbeamten, ist auf jedem Verbandstage eine aus fünf Delegierten und fünf Ersatzmännern bestehende Anstellungskommission zu wählen. Dieselbe hat die sich notwendig machenden Anstellungen vorzunehmen. Je ein Vertreter des Vorstandes und Ausschusses haben in der Kommission beratende Stimme.

§ 13.

Fürth. Abschaffung der namentlichen Abrechnungen für Zahlstellen von über 400 Mitgliedern.

§ 15.

Der Vorstand. Der den Barbestand, welcher in den Händen des Kassierers sein soll, festsetzende Beschluss ist zu fassen.

§ 16. Absatz 8.

Der Vorstand. Zahlstellen von 1000 Mitgliedern können einen Delegierten wählen. Orte, an denen mehr wie 1000 Mitglieder sind, können nur auf je weitere 1500 Mitglieder einen Delegierten wählen. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 1000 Mitgliedern vereinigt. Für jeden Delegierten ist ein Stellvertreter zu wählen.

Streitreglement.

Fürth. Die Streikunterstützung soll für ledige und für verheiratete Mitglieder in gleicher Höhe ausbezahlt werden.

Wilhelmsburg. Zahlstellen über 1000 Mitglieder sind berechtigt, bei einer Lohnbewegung, wo nur bis 100 Personen in Betracht kommen, von denen $\frac{2}{3}$ organisiert sind, selbstständig vorzugehen.

Flensburg. Wenn ein Streik ausgebrochen und derselbe sich in die Länge zieht, ohne dass ein Erfolg in Aussicht ist, kann er abgebrochen werden, um bei günstiger Konjunktur wieder in Szene zu treten, wenn vorzugsweise die Mitglieder unseres Verbandes in Frage kommen oder den Ausschlag geben.

§ 1. Zusatz.

Leipzig. Es kann aber auch unter Umständen die Arbeit sofort eingestellt werden, z. B. bei Lohnreduzierung, vor Eintreffen der Zustimmung des Vorstandes.

§ 5.

Zeile 4 hinter treffen: Es ist eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der Beteiligten erforderlich. Ein ausgebrochener Streik muss beendet werden, wenn nicht mehr $\frac{2}{3}$ der Beteiligten für die Fortsetzung stimmen.

§ 7. Zusatz zu Absatz 1.

Leipzig. Ausnahmen können gemacht werden bei Streiks, die voraussichtlich am erfolgreichsten sind, wenn sie auch später angemeldet sind.

§ 9.

Delmenhorst. Statt: „kann der Vorstand“: „hat der Vorstand auf Antrag seitens der Bevollmächtigten eines seiner Mitglieder usw.“

§ 11.

Der Vorstand. Streikunterstützung darf nur an solche Mitglieder bezahlt werden, die 6 Monate dem Verbande angehören.

Leipzig. Wenn es die Laktik erfordert, darf aus einem Betriebe, wo Streik besteht, die Unorganisierten mit herausgezogen werden müssen, sind diese von der Hauptkasse zu unterstützen.

Hannover. In Zeile 3: Die Worte: „gegen Schuldchein“ sind zu streichen.

Berlin. Der letzte Satz ist zu streichen.

§ 12.

Stettin. Die Unterstützung beträgt bei verheirateten Mitgliedern 12 M. die Woche und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. pro Woche, für ledige Mitglieder 10 M. Solche Mitglieder, die noch nicht ein Jahr dem Verbande angehören, erhalten pro Woche 2 M. Unterstützung weniger.

Plauenscher Grund. Bei einer Mitgliedschaft von über einem Vierteljahre erhält ein Mitglied 12 M. pro Woche, bei einer solchen von über einem halben Jahre 13 M., und bei einer solchen von über einem Jahre 14 M., ohne Unterschied, ob verheiratet oder ledig. Für jedes Kind 1 M. mehr, jedoch darf die Gesamtsumme 18 M. nicht übersteigen.

Hannover. In Zeile 5 ist hinter dem Worte „übersteigen“ der ganze Absatz zu streichen und dafür zu setzen: „Bis fünf Kinder unter 14 Jahren wird 1 M. pro Woche bezahlt. Mitglieder, die länger als zwei Jahre Mitglied sind, erhalten 2 M., und die länger als fünf Jahre Mitglied sind, erhalten 3 M. mehr.“

Bergedorf. Zeile 5 ist anstatt „für jedes Kind unter 14 Jahren“ zu setzen: „für jedes volkschulpflichtige Kind“.

Leipzig. Für die ersten drei Werkstage des Streiks oder der Aussperrung wird Unterstützung aus Verbandsmitteln gewährt, wenn der Streik oder die Aussperrung länger als drei Tage dauert.

Wandsbek. Bei Streiks, die länger als drei Tage dauern, wird die Unterstützung vom ersten Tage an gewährt, bei kürzerer Dauer wird keine Unterstützung gezahlt.

Braunschweig. Die Unterstützung beträgt im Minimum für vollberechtigte Mitglieder, welche über ein Jahr dem Verband angehören, 12 M., für Verheiratete und für jedes Kind 1 M. bis zum Höchstbetrage von insgesamt 15 M. pro Woche. Für ledige Mitglieder 11 M. pro Woche. Für weibliche Mitglieder 7 M. pro Woche. Weibliche Mitglieder, soweit dieselben für den Unterhalt ihrer Kinder selbst zu sorgen haben, erhalten für jedes Kind 50 Pf. pro Woche mehr, jedoch nicht mehr als insgesamt 9 M. pro Woche. Mitglieder, welche noch kein Jahr Mitglied sind, jedoch über 13 Wochen dem Verband angehören, erhalten je 1 M. weniger pro Woche. In besonders eigenartig liegenden Fällen, etwa bei Mitwirkung allgemeiner Kasernenverhältnisse oder lokaler Umstände, kann der Hauptvorstand Abweichungen vornehmen.

Berlin. Folgende Resolution wird gestellt: Die Zahlstelle Berlin empfindet es als eine Ungerechtigkeit, daß für gleiche Beiträge verschiedene Unterstützungssätze den Mitgliedern geboten werden.

Die Zahlstelle Berlin erwartet, daß der Verbandstag Mittel und Wege finden wird, um dieser Ungleichheit ein Ende zu bereiten.

Halberstadt. Die Streikunterstützung soll für männliche 12 M., für weibliche Mitglieder 7 M. pro Woche betragen.

Für Mitglieder, welche nach Beendigung des Streiks nicht gleich mit eingestellt werden, wird Maßregelungsunterstützung in Höhe der Streikunterstützung gewährt.

Röpenitz. Zur Beschlussfassung bei Inszenierung eines Streiks ist eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erforderlich.

Ein Streik ist zu beenden, wenn für Fortführung des Streiks nicht mehr eine $\frac{2}{3}$ -Majorität stimmt.

Belten. Die Streikunterstützung ist an allen Orten in gleicher Höhe zu zahlen außer denjenigen Kollegen, welche im Baugewerbe beschäftigt sind und die vollen Beiträge der Bauarbeiter leisten. Für diese gilt die Unterstützung, die bei den Bauarbeitern gezahlt wird.

Schlussatz.

Elmshorn, Kolberg, Lübeck, Stettin, Belten, Worms. Bei Streiks und Aussperrungen wird Unterstützung vom ersten Tage an bezahlt.

§ 14.

Flensburg. Hinter den Worten „mit dem Stempel versehen sein“ ist zu setzen: „Die Anträge auf Zulassung der Unterstützung dürfen vom Zentralvorstand nicht eher abgelehnt werden, bis die Gründe der Ablehnung den streikenden Kollegen vorgelesen haben“.

Gaucinteilung.

Kassel. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, für den südlichen Teil der Provinz Hannover und den nördlichen Teil der Provinz Hessen-Nassau einen Verbandsbeamten mit dem Sitze in Kassel anzustellen.

Belten. Für die östlichen Provinzen ist ein polnisches sprechender Agitator anzustellen.

Frankfurt a. M. Der Sitz des Gaues ist von Offenbach nach Frankfurt a. M. zu verlegen.

Dresden. Der Gau 2 ist zu teilen und für das Königreich Sachsen allein ein Gauleiter anzustellen.

Dortmund. Der Gau 9 (Rheinland-Westfalen) ist zu teilen. Für Westfalen ist der Sitz des Gauleiters nach Dortmund zu verlegen, für das Rheinland bleibt der Sitz in Köln.

Gau 4, Konferenz. Teilung des Gaues 4 in zwei Gaue: Ost- und Westpreußen und Pommern und Mecklenburg.

Barrel. Teilung des Gaues 10 mit den Sätzen in Hamburg und Bremen.

Bromberg. Provinz Posen soll einen selbstständigen Gau bilden.

Erfurt. Der Verbandstag möge beschließen, den Gau 2 zu teilen und für Thüringen einen besonderen Gauleiter mit dem Sitz in Erfurt anzustellen.

Gaukonferenzen.

Mundenheim. Die Gaukonferenzen haben alljährlich zu tagen.

Konferenz Gau 7. Den Gauleitern ist mehr Spielraum zu gewähren.

Reichensfeld. Der Verbandstag wolle beschließen: Der Beschluss betr. Diätenfrage, den die Gaukonferenz 1 gefasst hat, ist umzustößen und den Zahlstellen die Entschädigung zu überlassen.

Konferenz Gau 4. Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern, deren Lokalkassen ohne genügende Geldmittel sind, erhalten von der Hauptkasse einen Zuschuss für die Delegationen zu Gaukonferenzen.

Der Verbandstag möge beschließen: Die Entschädigung der Delegierten zur Gaukonferenz ist entsprechend den Normen für die Delegierten zum Verbandstag zu zahlen.

Neumünster. Der Verbandstag möge beschließen, daß Zahlstellen unter 50 Mitgliedern bei Entsendung eines Delegierten die Delegationskosten zur Gaukonferenz aus der Hauptkasse gezahlt erhalten, wenn spätestens vier Wochen nach Stattfinden der Gaukonferenz ein bezüglicher Antrag gestellt wird.

Geschäftsordnung.

Nr. 3.

Berlin. Abf. 3 erhält folg. Zusatz: Zahlstellen im Umkreise von 10—15 Kilometern haben sich zu einer zu verschmelzen.

Bernburg. Kleine Zahlstellen, welche im Umkreise einer größeren liegen, haben sich mit der größeren zu verschmelzen.

Hamburg. Die auf dem Verbandstage in Hamburg gefasste Resolution, den Zusammenschluss nahe beieinander liegender Zahlstellen betreffend, ist zum Beschluss zu erheben.

Nächster Verbandstag.

Ludwigshafen. Der nächste Verbandstag ist in Ludwigshafen abzuhalten.

Breihenheim. Der nächste Verbandstag wird in Mainz abgehalten.

Fürth. Die Verbandstage sind in den Monaten Februar oder März abzuhalten.

Fürth. Der nächste Verbandstag ist in Süddeutschland abzuhalten.

Punkt 7 der Tagesordnung.

Wahl des Ortes für den Sitz des Verbandes.

Berlin und Köpenick. Der Sitz des Verbandes ist nach Berlin zu verlegen.

Wilhelmsburg. Der Verbandstag wolle beschließen, den Sitz des Verbandes nach Hamburg zu verlegen.

Allgemeine Anträge.

Konferenz des Gaues 6. Die Statuten sind auch in italienischer Sprache herzustellen, auch ist für die italienischen Arbeiter ein Agitationsflugblatt herauszugeben.

Der Vorstand wird beauftragt, für die größeren Zahlstellen eiserne Kassetten zu beschaffen, welche diesen zum Selbstkostenpreis übermittleit werden.

Flensburg. Der Verbandstag möge den Vorstand anweisen, bei Herausgabe des Notizkalenders die Blätter für die täglichen Notizen um das Doppelte zu vermehren.

Stokelsdorf. Die Kontrollausweisscheine sind mit einer Rubrik zu versehen, in welcher das Datum des Tages eingetragen werden kann, an dem Meldung der Erwerbslosigkeit erfolgte.

Bergedorf. Auf dem Titelblatt des Mitgliedsbuches ist eine Rubrik einzurichten, in welcher der Name des Ortes angegeben werden soll, in dem das Mitglied seinen Beitritt vollzogen hat.

Bergedorf. Bei der Beitragsquittung sind im Mitgliedsbuche außer den Wochen die Monate vorzudrucken.

Adlershof und Zegel. Es ist jeder Zahlstelle ein bestimmter Agitationsbezirk zu überweisen.

Göppingen. Der Verbandstag möge beschließen, daß Gauleiter nicht als Delegierte, sondern als Beamte auf dem Verbandstage vertreten sein sollen.

Altona. Ein besoldeter Verbandsbeamter soll auf dem Verbandstag nicht als Delegierter anwesend sein.

Konferenz Gau 4. Die Gauleiter sind auf Kosten des Verbandes zu den Verbandstagen mit beratender Stimme zuzuziehen.

Zerbst. Die Gauleiter haben auf allen Verbandstagen Sitz und Stimme.

Sildesheim. Zahlstellen mit über 400 Mitgliedern, bis dahin, wo kein besoldeter Beamter angestellt, erhalten 50 M. zur Verwaltung aus der Hauptkasse pro Quartal.

Punkt 4 der Tagesordnung.

Die Beschlüsse der Vorstände-Konferenz zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten.

Schiffbet. Um die Grenzstreitigkeiten und Reibereien zwischen den einzelnen Verbänden der ungelerten Arbeiter zu verhindern, möge der Verbandstag beschließen: Unsere Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress sind verpflichtet, einen Zusammenschluss aller ungelerten Arbeiter in einem Verbandsverband auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu beantragen.

Münsterberg. Der Kartellvertrag, der zwischen dem Fabrikarbeiterverband und dem Bau- und Erdarbeiterverband abgeschlossen wurde, soll aufgehoben werden. Es soll vielmehr dahin gewirkt werden, daß beide Verbände verschmolzen werden.

Wilhelmsburg. Der Verbandstag wolle beschließen: Gegen seinen Willen kann niemand gezwungen werden, in einen anderen Verband überzutreten, wenn er auf dauernd in einem Betriebe arbeitet, welcher für unsere Organisation

nicht in Betracht kommt. Dagegen ist jede Aufnahme von Mitgliedern in uns nicht zugelassenen Betrieben untersagt. Der Vorstand hat überall darauf zu dringen, daß Industrie-verbände geschaffen werden. Er hat seine ganze Kraft einzusetzen, um die Gründung neuer Verbände zu hindern.

Wedel. Wer länger als zwei Jahre in ein und demselben Berufe tätig war, soll der Berufsorganisation angehören, in deren Beruf er arbeitet. Wer länger als zwei Jahre in einer Berufsorganisation organisiert war, soll nicht gezwungen werden, in eine andere Berufsorganisation überzutreten, sondern es soll seinem freien Willen überlassen sein. Arbeitern, die fortwährend eine Wechselstellung des Berufs durchmachen müssen, soll es freigestellt bleiben, welcher Berufsorganisation sie angehören wollen.

Weissenfels und Wedel. Der Verbandstag wird erachtet, den Kartellvertrag, der zwischen den Bauhilfsarbeitern und Fabrikarbeitern abgeschlossen ist, nicht anzuerkennen und den Beschluß umzustößen. Der Verbandstag wolle Stellung dazu nehmen, ob bei derartigen Kartellverträgen die Allgemeinheit zu fragen, d. h. eine Urabstimmung herbeizuführen ist, bevor derartige Verträge rechtskräftig werden.

Konferenz des Gau 1 und Schleuditz. Der Zusammenschluß aller ungelerten Arbeiter zu einer Organisation ist anzubahnen.

Bremen. Der Hauptvorstand ist verpflichtet, Verschmelzungsversuche mit den Organisationen, die aus ungelerten Arbeitern zusammengesetzt sind, anzustreben.

Detmold. Eine Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Textilarbeiterverband ist in die Wege zu leiten.

Der Vorstand, Ausschuss und die Gauleiter. Um eine bessere Bearbeitung unseres Agitationsgebietes zu ermöglichen, sind die Betriebe folgender Berufsgenossenschaften für unsere Organisation zu bearbeiten:

1. Die Ziegler-Berufsgenossenschaft,
2. Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie,
3. Papiermacher-Berufsgenossenschaft,
4. Zuder-Berufsgenossenschaft,
5. Berufsgenossenschaft der Molkereien, Brennereien etc.

Halsburg. Der Verbandstag möge die Ausarbeitung einer Druckschrift beschließen, welche darlegt, warum wir unsere Organisation gegründet haben, und welche Mittel jetzt die Berufsorganisationen anwenden, um einen Teil unserer Mitglieder zu sich herüber zu ziehen.

Neumünster. Der Verbandstag möge beschließen, daß in Streitfällen mit anderen Organisationen folgendes Geleitung erhält:

„Arbeiter, welche in Betrieben beschäftigt sind, wo eine Organisation vorhanden ist, müssen zur Zeit des Beitritts sich der Organisation anschließen, in deren Betrieben sie beschäftigt sind. Bereits beigetretene Kollegen, welche in anderen Betrieben beschäftigt sind, können Mitglied ihrer Organisation bleiben und haben, wenn höhere Beiträge in deren Betriebsorganisation gezahlt werden, denselben Beitrag an unsere Organisation zu zahlen und erhalten bei Streiks und Ausperrungen die nämliche Unterstützung.“

Ingefallt dessen, daß von den Unternehmerverbänden immer mehr um sich greifende Ausperrungen vorgenommen werden, um die Organisation der Arbeiter lahm zu legen, möge der Verbandstag die Frage eingehender erörtern und den Vorstand und Ausschuss unseres Verbandes beauftragen, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress dahin zu wirken, daß die kleineren Organisationen aufzuheben und zu einem großen, leistungsfähigen Verbande zu vereinigen sind.

Organisation der Landarbeiter.

Berlin. Resolution: Die heutige Konferenz der Zahlstellenleitungen ist nach dem einleitenden Referat und der ausgiebigen Diskussion der Ueberzeugung, daß die Landarbeiter unbedingt für unsere Organisation gewonnen werden müssen. Zur wirksamen Durchführung dieser Organisationsgedanken schlägt die Konferenz dem Vorstandsvorstand vor, für die Landarbeiter eine eigene Sektion zu bilden und die Beiträge für Männer und Frauen auf eine ihrem Arbeitsverdienst entsprechende Höhe zu normieren, unter gleichzeitiger Festsetzung entsprechender Gegenleistungen. Das Verbandsorgan ist so auszugestalten, daß es fortan auch der Aufklärung der Landarbeiter dient. Die Verbandsdelegierten aus dem Gau verpflichten sich, für die Bewirklichung dieser Anregung auf dem Verbandstage in Leipzig mit aller Energie einzutreten.

Berlin. Der Verbandstag möge eine Sektion der Landarbeiter bilden, auf Grundlage der von der Zahlstellen-Konferenz in Berlin gefaßten Resolution.

Horburg und Wilhelmshagen. Da die Organisation der Landarbeiter mehr als bisher zu fördern, wolle der Verbandstag beschließen:

- I. Für die Landarbeiter wird eine besondere Sektion im Verbande gebildet, mit einem Beitragsbeitrag von 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder.
- II. In rühmlichen Zusammenhänge ist für die Landarbeiter eine geeignete Druckschrift herauszugeben, die den Mitgliedern der Sektion Landarbeiter zugestellt wird.
- III. In rühmlichen Zusammenhänge wird den Mitgliedern auf die Dauer von 4 Wochen, bei einer Karenzzeit von 52 Wochen, eine Krankenkassenversicherung von 4 Mk. für männliche und 3 Mk. für weibliche Mitglieder gewährt.
- IV. Versetzter Mitglieder, die gezwungen sind, ihren Wohnort zu ändern, kann ein Umzugsgeld in Höhe von 20 Mk. und unter Umständen eine Reiseunterstützung von 10 Mk. gewährt werden.

Die Gauvorstände sowie alle Verbandsfunktionäre haben der Organisation der Landarbeiter mehr als bisher ihre Beachtung zu schenken.

Die Konferenz des Gau 10 erklärt sich einverstanden mit der Resolution des Gau 3, soweit diese die Notwendigkeit der Organisation der Landarbeiter und die bessere Ausgestaltung des „Werkstätten“ zu diesem Zwecke betont. Dagegen wolle sie mit aller Entschiedenheit die allen gewerkschaftlichen Organisationen widersprechende Idee zurück, durch Schaffung mehrerer Beiträge für die Landarbeiter und Schaffung einer besonderen Sektion für dieselben zu versuchen, Landarbeiter an die Organisation fesseln zu wollen. Die

Konferenz bedauert, daß die Kollegen von Berlin und Umgebung in völliger Verkennung der Verbandsinteressen einem Experimente das Wort geredet haben, das geeignet ist, den Verband in seiner Arbeit zu stören, ohne den Landarbeitern irgendwelchen Nutzen zu bringen.

Fürth. Die Landarbeiterchaft ist aus unserer Organisation auszuschalten, und der Generalkommission ist zu empfehlen, einen Landarbeiterverband zu gründen.

Korrespondenzen.

Augsburg. In einer Sonntag, den 15. Juli, abgehaltenen Versammlung der hiesigen Papierarbeiter wurde wieder einmal der Schleier gelüftet von dem Gesichte verschiedener Kollegen, so sich Kollegen nennen. Die Anstehungsgefahr des Hauswirtschafts ist immer noch nicht vorüber. In genannter Fabrik sind verschiedene Personen, die der Rhythmus der Maschinenfabrik nicht schlafen läßt. Sie sind bemüht, die Nebenarbeiter heimlich zu veranlassen, daß sie ihre Unterstützung zu einer Petition geben, in welcher die Fabrikleitung ersucht wird, eine Pensionskasse zu errichten. Damit schmieden die Leute selbst die Kette, welche sie dann an den Betrieb heften und sie hemmt, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Als ihr Verlangen erlangt und gebührenderweise gewürdigt wurde, nannten sie „diese Arbeitervereinigung“ Zusatzklasse. Dazu soll man den Herrn Kommerzienrat um die nötige Hilfe angegangen sein. Der Herr soll geäußert haben: „Sie können ja einen Verein gründen, aber Sie müssen aus den Gewerkschaften heraus“. Dem Bestreben unsererseits, die Kollegen dort zur Betätigung geistiger Selbständigkeit zu erziehen, stellen sich immer wieder gewisse Elemente hindernd in den Weg. Die wiederholt bewiesene Einigkeit der Kollegen wollen diese Elemente zuhause machen. Besonders seien die Arbeiter der Papierfabrik vor dem Treiben dieser Leute gewarnt.

Leipzig. Sonntag, den 7. Juli, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Unter anderem wurde auch darüber verhandelt, wie unsere Agitation am besten zu betreiben sei, um eine Vermehrung der Mitglieder zu erreichen. Eigentlich sollte man in einer Stadt wie Leipzig nicht mehr nötig haben, ab außerordentliche Maßnahmen zur Gewinnung von Mitgliedern beraten zu müssen. Hier sind die Lebensbedingungen: Mieten, Lebensmittelpreise usw. eben so hoch, wie in einer Großstadt. Indes haben sich Inapp 15 Proz. unserer Kollegen der Organisation angeschlossen. Infolgedessen wurde die Ernennung von Vertrauensmännern angeregt. Auch soll eine Hausagitation in nächster Zeit vorgenommen werden. Unter Beschäftigten wurden einige Mißstände auf der Blaufabrik kritisiert, deren Abstellung man auf gutlichem Wege anstreben will. Ein Nebenarbeiter der Kollegen auf der Farbenfabrik von Kapf u. Ehinger mit Namen Georg Niehammer scheint sich bei der Betriebsleitung durch Beeinträchtigung der organisierten Arbeiter lieb Kind machen zu wollen. Seine Schimpereien schämen wir als Wutausbrüche ein, die uns nicht treffen können.

Leipzig. Eine Mitglieder-Versammlung tagte am Freitag, den 6. Juli, bei Lamprecht am Karrenapp. Der Vorsitzende, Kollege Seidenstücken, gab einen kurzen Bericht von der Gaukonferenz. Er streifte in großen Zügen den Bericht des Gauvorsitzenden, Kollegen Borgert, betreffend den Stand der Zahlstellen im 10. Gau, und den gegenwärtigen Mitgliederstand, die Agitation im Gau und die Klassenverhältnisse. Allgemein sei die Meinung vorhanden gewesen, daß der beste Erfolg die Vertiefung der Vertiefungen und Betriebsveränderungen die besten Erfolge zu verzeichnen hätten, auf diesem Gebiete auch noch viel zu gewinnen sei. Ferner führte er an, daß der Vorsitzende auf die Frage der Agitation unter den Landarbeitern näher eingegangen sei und die Konferenz einer Resolution zugestimmt habe, die ausspricht, daß eine Staffelung der Beiträge im Verbandsorgan nicht geben könne, da einheitliche Rechte auch nur einheitliche Pflichten voraussetzen können. Die Zahl der Zahlstellen im Gau 10 beträgt 64 mit 18 1/2 Mitgliedern. In der Diskussion wandte sich der Kollege Marcks gegen die Resolution der Konferenz, betreffend die Landarbeiterfrage, der von der hiesigen Zahlstelle gestellte Antrag habe das Richtige getroffen. Es scheint, als ob die Konferenz nur die auf dem Lande wohnenden und in der Stadt arbeitenden Arbeiter als Landarbeiter betrachtet haben. Diese Arbeiter können für unseren Antrag überhaupt nicht in Frage, sondern nur die direkt auf dem Lande arbeitenden Leute. Ebenso wandte er sich gegen eine auf der Konferenz zutage getretene Ansicht, die mehrere in einem Bericht liegenden Zahlstellen zu verschmelzen wünscht. Er glaubt, wenn den einzelnen Zahlstellen die Selbständigkeit genommen werde, auch die Unit an der Arbeit erlahmen werde. Zahlstellen wie Wilhelmshagen, Altona, Altenen und Schiffler seien wohl existenzfähig. Dieser Ansicht schloß sich auch die Versammlung an. Zum zweiten Punkt, Abrechnung vom 2. Quartal, gab der Kollege Seidenstücken die Abrechnung, welche für die Hauptklasse eine Einnahme von 6704,25 Mk. ergibt. Dem 2. Verbandsorgan wird einstimmig Entlastung erteilt. Ferner wurden zwei Kollegen König und Knäbel-Eisenberg wegen Streikbruchs während des Bauarbeiterstreits aus dem Verbande ausgeschlossen. Weiter gab Seidenstücken bekannt, daß die Küper in einen Streik eingetreten seien, woran auch 15 Mitglieder unseres Verbandes beteiligt seien. Ebenso seien die Hufenarbeiter in Verhandlungen mit den Unternehmern getreten. Hoffentlich werde diese Sache ohne Streit erledigt. Dann gab der Genosse Gerds, Vorsitzender des Küperverbandes, einen kurzen Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand des Streiks. Die Lage sei als günstig zu bezeichnen.

Königsberg. In der am 12. Juli abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Wienshütter über die Notwendigkeit der Organisation. Wenn auch hier in Königsberg, so jagte Redner aus, Kollegen wie P. a. u. wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation verlassen sind, so hat doch das bloße Bestehen einer Organisation verdrängte Arbeiter veranlaßt, die Stundenlöhne von 2 bis 5 Pf. zu erhöhen und eine erhöhte Vergütung der Ueberstunden zu bewilligen. Diese Erhöhung ist in den Papier- und Zellstoffabriken um so mehr zu verlangen, als hier trotz aller gegenteiligen Behauptungen die Löhne stehen geblieben sind, während die Fabrikanten unter dem Schutze der Zölle ihre Produkte um ca. 20 Prozent erhöht haben. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in den Fabriken 12 bis 18 Stunden. Das Gebiet der Arbeiterzuschüsse liegt hier in Dörfern und in den Ufern. Besonders ist nach amtlichem Aufgebändstandnis die Frauen- und Kinderarbeit auch in solchen Betrieben, für welche diese Arbeiten verboten sind, im Schwunge, weil einmal die Inzestionsbestrafung so groß ist, daß die Betriebe gar nicht genügend inspiziert werden können, und weil die Geldstrafen für dergleichen Uebertretungen so gering sind, daß dieselben von den Unternehmern leicht getragen werden. Deshalb müßten die Arbeiter, so häufig der Redner, ebenso bestrebt sein, wie die Unternehmern, mit Hilfe der Organisation nicht nur Einfluß auf den Arbeitsmarkt, sondern auch auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen. In der Diskussion wurde auf das Verhalten vieler Werkmeister hingewiesen, die sich von den Arbeitern trennen lassen und die solche Arbeiter, die sich nicht oder nicht mehr hierzu verstehen, dann schliessen, ja sogar deren Entlassung herbeiführen. Weiter wurde die Entlassung des Arbeiters Kell aus der Spandholzfabrik zur Sprache gebracht. Der in der Versammlung anwesende Maschinenmeister bewies aus der Spandholzfabrik, welche diese Entlassung zu rechtfertigen, machte dabei aber allerschand sich widersprechende Angaben, wie ihm vom Vorsitzenden, Kollegen Inatowitsch, nachgewiesen wurde. Anzudeuten wurde dem Meister, er mache eine sehr genaue Untersuchung der gegen ihn erhobenen weiteren Beschwerden in Aussicht gestellt. Um den Verband bei den Arbeitern in Wirklichkeit zu bringen, haben Angestellte der Spandholzfabrik die Fuge verbreitet, daß der Kassierer mit der Verbandskasse durchgegangen sei. Es wurden diese Ausstellungen als eine ganz nichtswürdige Verleumdung zurückgewiesen. Zum Schluß wurde noch bemerkt, daß in der Spandholzfabrik den Arbeitern, um sie vom Besuch der Versammlung abzuhalten, Extrazölle für Ueberstunden, die sie an diesem Abende machen würden, verprochen werden ist.

Leipzig. In der am 10. Juli tagenden öffentlichen Versammlung hielt Genosse Gerds einen Vortrag über: Streikführer. In dem gut durchgeführten Referate kennzeichnete er die heutigen Ver-

hältnisse, in denen nur der Geldbeutel Rechte hat und sich diese auf Kosten der Arbeiter noch erweitert. Brüche in einem Orte ein Streik aus, sofort würde von den Unternehmern auf der ganzen Linie zum Sammeln geblasen, und die Arbeiter würden ausgeperrt. Dem Unternehmern sei es nur darum zu tun, den Organisationen das Radgrat zu brechen und die Rassen auszuwippen. Die Arbeiter hätten alle Veranlassung, sich erst recht zu organisieren. Der Kassierer, Kollege Bodenfein, gab den Bericht vom 2. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Decharge erteilt. Unter Generalkassierlichem wurde bekannt gegeben, daß der Fall Brunert geregelt ist. Er hat seine Schuld beglichen. Eine lebhafteste Debatte rief die unfollegale Handlungsweise des Kollegen Schrader hervor. Dieser schenkte sich nicht, an seinen Chef B. Groß das Verlangen nach Heimarbeit zu stellen. Er bekam diese auch und machte dadurch sechs bis sieben Arbeiterinnen, die bisher die Arbeit in der Fabrik herstellten, brotlos. Schrader entschuldigte sein Gebahren mit der Ausrede, die Arbeit wäre für die Arbeiterinnen zu schwierig, der Arbeiterinnenwechsel sei ein großer und Groß käme nicht auf seine Kosten. Für Schrader und seine Frau war die Arbeit aber nicht zu schwierig, vielmehr deswegen nicht, weil er in seiner Gartenlaube eine Werkstelle eingerichtet hat und er die Arbeit pro Wied um 10 Pf. billiger herstellt. Ein Antrag, Schrader aus dem Verbande auszuschließen, wurde einstimmig angenommen. Kollege Schmidt, der sein Amt als Revisor niedergelegt hatte, wurde wieder als solcher gewählt. Nachdem noch auf die Ausperrungen der Buchbinder, Lithographen und Steinbrucher hingewiesen worden war, wurden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, rege auf die ausgegebenen Sammellisten zu gehen.

Sabot. Die ordentliche Mitglieder-Versammlung, die am 19. Juni tagte, nahm einen Vortrag des Kollegen Rabben über die heutige Taktik der Scharfmacherverbände entgegen. Der Referent führte folgendes aus: Die Arbeitgeber und Arbeiter bekämpfen sich seit einer Reihe von Jahren. Das Unternehmertum schart sich zusammen, um seinen Profit zu erhöhen. Die Arbeiter wollen ihre Existenz verbessern und sich Gleichberechtigung erkämpfen. Zur Erreichung des Unternehmertums kommen Ausperrungen zur Anwendung, die seit Jahren, Jahr um Jahr, größere Ausdehnung erfahren. Die Ausperrung in der Berliner Elektroindustrie und die diesjährige Metallarbeiterausperrung wurden vom Redner herangezogen. Wenn diese Ausperrungen auch nicht die Erfüllung der Unternehmertumsziele gebracht hätten, so sei doch darauf zu rechnen, daß die Kapitalisten die Taktik der Ausperrungen noch weiter in Anwendung bringen würden. Die Gewerkschaften hätten dann alle Ursache, für gefüllte Kassen zu sorgen und die Mitglieder zu schulen, die Organisation auszubauen, dann werde auch in Zukunft das Anstürmen auf die gewerkschaftlichen Organisationen abgeklungen werden können. Der Kartellvertrag, der vom Vorstand unseres Verbandes mit dem Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter abgeschlossen, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Die Neberrichtszeit von 3 Monaten wurde als zu kurz bemessen bezeichnet. Außerdem wurde noch scharf getadelt, daß viele alte Kollegen nach dem Kartellvertrag aus unserer Mitte scheiden müßten, die sich auf Grund unseres Unterstützungswesens, welches jetzt eingeführt ist, die höchsten Unterstützungssätze durch ihre langjährige Mitgliedschaft erworben, vollständig verlieren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute tagende Mitglieder-Versammlung protestiert entschieden gegen den von den Vorständen vereinbarten Kartell-Vertrag. Gründe sind folgende: 1. Die langjährigen Mitglieder würden, wenn sie in die Lage kämen, einmal 3 Monate auf den Bauten oder bei Erdarbeiten beschäftigt zu sein, zum Uebertritt in den Bauarbeiterverband angehalten werden können und würden dadurch ihre Rechte in bezug auf das Unterstützungswesen vollständig verlieren. 2. Würde eine Uneinigkeit zwischen der Arbeiterchaft entstehen, weil man ihnen die Zugehörigkeit einer Gewerkschaft aufzwingen, in die sie eigentlich nicht gehören, weil das Arbeitsverhältnis ein abwechselndes und somit beide Gewerkschaften ein gleiches Anrecht an die Mitglieder haben. 3. Würde dieses eine ungewisse Fluktuation in der Gewerkschaft mit sich bringen, indem die Frist viel kurz bemessen ist.“ Der Kartellbericht hat keine wichtigen Angelegenheiten, und somit wurde zum Verschiedenen übergegangen.

Wandsbek. Sonntag, den 8. Juli, hatte die Agitationskommission eine öffentliche Ziegeleiarbeiter-Versammlung in das Lokal des Herrn Gurel einberufen. Der Anlaß hierzu war von den Arbeitern selbst gegeben. Es waren sämtliche Betriebe vertreten. Es ist den Leuten bitterer Ernst, sich durch die Organisation bessere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu schaffen. Die Tagesordnung lautete: Warum müssen sich die Ziegeleiarbeiter dem Fabrikarbeiterverbände anschließen. Der Referent Kollege Krismansky betonte in seinen Ausführungen, daß in keinem Berufe so schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, wie in Ziegeleien. Es sind noch Löhne von 2 Mk. und darunter vorhanden. Die Arbeitszeit ist oft von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und 4 1/2 bis 8 Uhr, und nur in wenigen Betrieben, in denen die Organisation die Möglichkeit hatte, einzugreifen, ist eine längere Arbeitszeit. Die Verhältnisse sind überaus traurig. Zusammengeperrt in Massenquartieren, müssen die Leute die Nacht verbringen. Daß dies sehr gesundheitsgefährlich sein muß, ist selbstverständlich. Es soll sogar noch vorkommen, daß Männer und Frauen und jugendliche Arbeiter zusammen in einem Raume schlafen. Hierin wird nichts Unförmliches gefunden, es liegt ja im Interesse des Kapitals. Auch haben die Leute über schlechtes Trinkwasser zu klagen, und es wird der Verdacht ausgesprochen, daß dies aus Mordlust auf die Kantine geschwändert wird. Denn Tatsache ist, daß Leute, die recht viel Geld in der Kantine verzeihen, am besten behandelt werden. Deshalb wird gefordert, daß die Arbeiter die Kantine selbst verwalten. Durch die Verträge, die den Arbeitern bei Beginn der Kampagne zur Unterschrift vorgelegt werden, wird ihnen ihr Recht sehr geschmälert. Wer vor Beendigung der Kampagne die Arbeit verläßt, so heißt es in den meisten Verträgen: „er wird eine Summe des verdienten Lohnes vorerhalten. Wenn man mitten in der Kampagne ein Ziegeleiarbeiter abreißt und das verdiente Geld mitnimmt, so ist niemand verpflichtet, den Arbeitern dasselbe zu ersetzen. In den abgeschlossenen Verträgen steht hieron nichts, deshalb wird verlangt, daß wöchentlich der verdiente Lohn voll ausbezahlt ist und daß der Ziegeleiarbeiter hierfür haftet. Bisher wurde die Agitation unter den auf Ziegeleien beschäftigten Personen von 3 Verbänden unternommen, aber keinem ist es bisher geglückt, diese in der Mehrzahl zu organisieren. Von 250 000 Personen, die in Deutschland in Ziegeleien beschäftigt sind, gehören ungefähr 8000 den Gewerkschaften an. Die Agitation ist nun eine sehr schwierige. 7 Monate sind die Leute in den Betrieben tätig, dann reisen sie in die Heimat, beschäftigen sich dort in ihrem eigenen Haushalt oder ein kleiner Teil arbeitet auf verschiedenen Fabriken. Redner besprach dann noch die wichtigsten Gesichtspunkte der Ziegeleiarbeiter in Wandsbek und schloß mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen. In der Diskussion wurden von dem Ziegeleiarbeiter auch die vom Referenten geschilderten Verhältnisse besprochen. Dieser Kollege hat sich eine Aufrechnung über den Verdienst und die Ausgaben eines Ziegeleiarbeiters gestellt. Es wird verdient von einem mittleren Arbeiter 625 Mk., dagegen wird die Ausgabe für ein einigermaßen menschliches Leben 759,50 Mk. betragen. Viele Ziegler sind bei ihrer Arbeit nur immer auf den Sommer angewiesen und nicht imstande, eine Familie zu ernähren. Der Kollege Zimmermann schildert dann die Verhältnisse auf den Ziegeleien in der Umgegend. Die Arbeitszeit ist von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Der Lohn beträgt 18 bis 25 Mk. Die Vorarbeiter erhalten einen solchen von 33 Mk. pro Woche. Teilweise ist auch Alford. Der Lohn wird am Ende der Kampagne gezahlt, jedoch wird Voranschlag gegeben. Die meisten der Arbeiter gehören einer freien Krankenkasse an, wodurch der Arbeitgeber seiner Verpflichtung auf Zahlung eines Teiles der Beiträge entgeht. Die Schläffler sind so, wie vom Referenten geschildert. Die Strohschäfer werden nur einmal geklopft. Die Waidborrichtung ist überall sehr mangelhaft. Er erklärte: wollen die Arbeiter sich andere Zustände schaffen, so können sie das nur dadurch, daß sie sich Mann für Mann dem Verbande anschließen. In seinem Schlußwort ermahnt der Referent die Anwesenden, wenn sie im Herbst in die Heimat zurückkehren oder eine andere Beschäftigung aufsuchen, so sollten sie dem Verbande treu bleiben und Freunde und Bekannte aufklären. Nur durch die Vereinnung kann der arbeitenden Bevölkerung geholfen werden.